





# Kurze Meldungen

**Salbung des kaiserlichen Finanzministers Reichardt abwendet, die bei letzterem: „Hart am Rande des Desasters.“ (Hört! Hört!)**

Die Konjunkturverpflichtung der öffentlichen Haushalte ist sich an den Einnahmen noch mehr als an den Ausgaben. Der Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Wirtschaftsjahr bedeutet für die Reichsfinanzen eine Differenz zwischen 1,8 und 2,2 Milliarden Mark. Daraus geht hervor, wie falsch jenes Wort ist, denn bei einem solchen Abstand hat man in schlechten Wirtschaftsjahren keine Mittel übrig zur Entlastung der Wirtschaft, ganz abgesehen von diesen Artensparungen und dem Druck der Arbeitslosigkeit, des Lohn- und Steuerrückganges und der sonstigen Schäden. Die Verlagerung der Schuld auf spätere Zeit macht die Opfer nur noch schwerer. Es ist viel ausschlaggebender, auch schwere Opfer für eine vollständige Sanierung nicht zu scheuen. In England, das eine relativ gesunde Arbeitslosigkeit hat, ist die Einkommensteuer um rund 10 Prozent beantragt, mit einem Ertrag von fast 700 Millionen Mark. Da aber von dieser Steuererhöhung dreierlei aller Steuerträger freibleiben sollen, und die große Masse der Lohnempfänger in England überhaupt keine Einkommensteuer zahlt, so ergibt sich daraus, daß diese Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer in England die hohen und höchsten Steuerträger allein trifft. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

**Selbstverleugung ist bei unserer Finanzlage äußerste Sparjamtheit auch neben der**

**Öffnung neuer Steuerquellen unerlässlich.**

Aber das Ausmaß solcher Erparungen ist begrenzt und könnte nur erweitert werden, wenn rücksichtslos an den unrichtigsten sozialen Verpflichtungen gestrichen würde. Wenn nun in 8 Monaten des Rechnungsjahres 1930 100 Millionen eingespart werden sollen, so entspricht das etwa 130 Millionen Streichungen am jetzt vorliegenden Haushalt.

**Wir halten Erparnisse im Gesamtbetrag von 200 Millionen für möglich und notwendig.**

jedoch nicht auf dem Wege einer Vermählung an die Reichsregierung, daß sie ohne Kontrolle des Parlaments an ihr genehmigen Einsparungen könnte. Wir sehen eine solche Ermächtigung ab, weil sie das Staatsrecht des Reichstages, an dem wir unbedingt festhalten, einschränkt und ihm widerspricht, weil sie auch die Verantwortung des Parlaments vermindert und weil eine solche Ermächtigung auch die Gefahr enthält, daß der Wille des Parlaments verflüchtigt und nicht dort gespart wird, wo es die Weisheit des Parlaments für richtig hält. Wenn der Finanzminister sich auch entschieden gegen jede Streichung an den sozialpolitischen Ausgaben verweigert hat, so begründen wir das,

**wir haben jedoch nicht zu der Gesamttragierung des gleichen Zutragens;**

die Ereignisse im April haben unser Vertrauen richtungslos werden lassen. Weitere Erparnisse erscheinen uns zunächst bei der Reichswehr möglich. Seit dem Haushalt 1925 sind die Ausgaben für Reichswehr und Marine von 638 auf 790 Millionen jährlich gestiegen, also um 160 Millionen, gleich 25 Prozent. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Lücke in der Verbindung mit einer Reihe Einzelermäßigungen hat weit über die Sozialdemokratie und über die Arbeiterklasse hinaus die Erkenntnis geweckt, daß man bei der Notwendigkeit, zu sparen, an den Militärausgaben nicht vorbeigehen darf, sondern bei ihnen beginnen muß. (Zum Beweis dafür verliest der Redner Äußerungen bürgerlicher Blätter, so der „Kölnischen Zeitung“). Ohne die neue Wehrmacht im ganzen anzufassen, persönliche oder volkswirtschaftliche Interessen gefährden zu wollen, sind solche Erparnisse möglich.

Die neue Wehrmacht hat nach ihrem zehn- oder elfjährigen Bestand bereits einen Pensionssatz von 72 Millionen im Jahr.

Darin sind fast 15 Millionen für einmalige, 25 Millionen für laufende Versorgungsgebühren und 20 Millionen für Ruhegehälter enthalten.

es wählten also beträchtliche Beträge aus dieser neuen Wehrmacht dem Reichschatz zu.

Von den 1920 Militärapostern, die seit 1927 Ruhegehalt bekommen, sind 171 Oberste, 148 Oberstleutnants, 218 Hauptmänner, 223 Oberleutnants, 115 Bedienstete, 108 Feldwebel. Obwohl das Verhältnis der Mannschaften zu den Offizieren in der Reichswehr etwa 7 zu 1 beträgt, ist es bei den Pensionen fast umgekehrt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes hat gezeigt, daß dort Anforderungen gemacht werden, die das arme Deutschland nicht tragen kann, und die der Reichsregierung, wenn sie ihm einzeln vorher vorgelegt würden, gewiß auch nicht bewilligen würde. Schließlich sollte sich die Reichsregierung auch die Subventionen an die Länder aus dem § 85 des Finanzvergleiches und aus der Sonderabfindung für die Biersteuer ansehen, bei der übrigens der Staatsgerichtshof, auf Grund dessen Entscheidung diese Zahlungen erfolgen, die betreffenden Reichsgerichte für ungültig erklärt hat.

So unerlässlich eine gründlichere Verwaltungsreform auch vom Standpunkt der Erparungen ist, so kann und wird dieses Ziel nicht erreicht werden mit einer „Reichsreform“, die leistungsschwache Länder erhalten, aber leistungstarke Länder verschlingen und dadurch an ihre Kraft bringen will.

Der Widerstand gegen die Pensionsförmung könnte überwunden werden, wenn an große

## Deutsches Flugzeug in Seenot

Das jahresplanmäßige Flugzeug der Deutschen Luftfahrt, das den Dienst zwischen Stettin und Stockholm verkehrt, und das am Montag nachmittag um 3 Uhr Stettin verlassen hat, hat sich in See verloren und ist seit Montag vermisst. Das deutsche Torpedoboot und schwedische Kriegsschiffe haben sofort die Suche nach dem Flugzeug aufgenommen.

Das vermisste Flugzeug ist ein Dornier-Wal-Flugboot, das zwei Motoren besitzt und eine außerordentlich große Schwimmfähigkeit hat. Außer dem Bordmannschaft war das Boot von fünf Passagieren besetzt, darunter vier schwedische Staatsangehörigen.

Stettin, 8. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Der Lufthafen Stettin hat von dem vermissten Passagierflugzeug, das am Montag in der Nähe von Bornholm verunglückte, neue Nachrichten erhalten. Das Flugzeug wurde von einem Motorflieger abgeholt, landete jedoch in der Nähe des Bornholmer Hafens Nord. Der Flugzeugführer, ein Stettiner, und ein schwedischer Passagier, die sich auf dem Schoner begeben hatten, sind gerettet worden. Ein Dampfer noch unbekannter Namens, der sich an der Rentertiefe befand, hat anscheinend auch ein oder zwei Passagiere gerettet. Es werden drei Personen vermisst. Man befürchtet, daß sie beim Kentern des Flugbootes ertrunken sind.

## Volkspartei bleibt bei der Kopfsteuer

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wünscht die Aufnahme der Kopfsteuer in das Steuerprogramm der Regierung. Sie hat die Reichsregierung von dieser Forderung bereits unterrichtet, trotzdem der Reichsfinanzminister die Kopfsteuer am Montag abgelehnt hat.

## Julius Hart gestorben

Julius Hart, der aus dem Kreise um Gerhart Hauptmann und Arno Holz bekannte Dichter und Kritiker, ist gestern kurz nach 3 Uhr in seinem Zehndorfer Heim an den Folgen einer Grippeerkrankung im Alter von 71 Jahren gestorben.

## Mord in Stettin

Am Sonntag vormittag wurde auf einem Felde bei Stettin die Leiche einer 25jährigen Witte Hildebrandt aufgefunden. Das Mädchen ist mit einem stumpfen Gegenstand erschlagen, des Mordwerts und seiner Handtasche beraubt, schließlich mißbraucht und dann im Ader verbrannt worden.

## Raubmordprozess Seelkamp — 10 Jahre Zuchthaus

Das Schwurgericht Oldenburg verurteilte die Angeklagten im Delmenhorster Raubmordprozess Seelkamp, Martin und Max, zu je 10 Jahren Zuchthaus. Die Verteidigung hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

## Amerikanische Marine in Berlin

Am Sonntag mittag trafen in Berlin vierhundert amerikanische Marineoffiziere, Rabetten und Mannschaften, die seit dem 1. Juli in Kiel liegenden amerikanischen Kreuzern mit einem Sonderzug auf dem Lehrter Bahnhof ein.

## Kellametongreß in Brüssel

In Anwesenheit des Arbeitsministers von Belgien wurde hier der Kongreß des kontinentalen Kellametoverbandes eröffnet, auf dem auch Deutschland vertreten ist.

## Deutscher Lehrerbund in Dill

Die Abordnung von 20 deutschen Lehrern und Lehrerinnen, die zurzeit in Frankreich weilte, ist nach dem Besuch von Dill hier eingetroffen und wurde von einem Vertreter der Universität empfangen.

## Fünf Tote und dreißig Verletzte bei den mexikanischen Kongreßwahlen

Bei den Kongreßwahlen in Mexiko, die im allgemeinen gunsten der Regierungskandidaten ausfielen, kam es an mehreren Orten zu schweren Zusammenstößen. In Mexiko-Stadt wurden fünf Personen getötet und dreißig verletzt.

## Moskau besichtigt

Moskau hat dem Drager kommunistischen Politbüro Krengens Auftrag erteilt, am 1. August einen neuen „Kommunistenführer“ in der Tschecho-Slowakei zu veranstalten, und hat Komunistenführer Dr. Schneral aus Berlin, wo er jetzt ist, zu einer Vortragstournee in die Tschecho-Slowakei entsandt.

## Schiffsummenstoß in der Adria

Das italienische Motorboot „Francesco Morosini“, das der Adria von Zara nach Spalato mit Ausflüglern unterwegs war, stieß mit einem jugoslawischen Dampfer zusammen. Von 400 an Bord befindlichen Personen wurden fünf getötet, 17 verletzt.

## Schneefälle und Räte in Argentinien

Süd- und West-Argentinien wird zurzeit von einer kalten Rätebewegung heimgesucht. Durch ungeheure Schneefälle sind zahlreiche Straßen von einander abgeschnitten. Die Behörden dabei, Hilfsexpeditionen zu organisieren.

## Bevölkerungskreise der Ruf zur Opferwilligkeit

Die Parteien sind tief enttäuscht, denn von allen wurden keine bestimmt, die an dieser Frage persönlich materiell interessiert sind. (Hört! Hört! links.) Die Wirtschaftspartei hat das Gele, das sie selbst früher gefordert hat, scharf abgelehnt. (Zuruf des Abg. Colas: Sie können sich darauf verlassen, wir werden es bewilligen.) Das soll mich nur freuen. Die Sozialdemokratie macht von der Haltung zu dieser ihrer Vorlage ihre Stellung zu allen Bedingungsverlagen der Regierung abhängig. Wenn man die Biersteuererhöhung in dem Maße vorgenommen hätte, wie sie zuerst geplant war, so wäre die Verbraucherbelastung nicht höher als jetzt geworden. (Sehr richtig! links.) Jetzt haben wir aber gegen eine isolierte Biersteuererhöhung die schwersten Bedenken, weil eine neue Verbraucherbelastung dabei herauskommen würde. Der Gedanke des Bierhandelsmonopols ist als Hilfswaffe erzwungenermaßen, um den Kleinhandel zu verhindern, alle Läden auf die Verbraucherlast abzuwälzen, und um den Steuerertrag zu sichern. Es wäre aber noch eine ganze Reihe anderer Steuererhöhungen möglich. Eine vorzeitige Inkraftsetzung der Bestimmungen des geplanten Ausgabenentwurfes, die Erhöhung der Verzugszinsen für Steuerrückstände sind in Erwägung zu ziehen.

Die Steuerrückstände sind in diesem Jahre um mehr als 100 Millionen höher, als im Vorjahre. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Zum Teil ist das sicher durch die Wirtschaftskrise bedingt. Aber die Steuerbeamten selbst wissen ganz genau, daß eine zu milde Behandlung der künftigen Steuerzahler nicht gerechtfertigt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Erbschaftsteuer ist gegenwärtig so niedrig, daß sie von der großen Masse des Volkes als sozial ungerecht angesehen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer für die höheren Einkommen, die früher allein von der Sozialdemokratie gefordert wurde, muß jetzt auch von den Regierungsparteien angewandt werden. Aber die jetzige

Regelung ist eine stark unsoziale Halbheit. Die Heranziehung aller, nicht nur einzelner leistungsfähiger Kreise ist bei der Umfrage der „Kölnischen Zeitung“ von allen Einkommern, von einem Industriellen, als der einzig gangbare Weg Finanzsanierung bezeichnet worden.

## Die Gefahr der Kapitalflucht

Die vom Arbeitsminister gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer ins Feld geführte wurde, wird von den breitesten Bevölkerungsschichten nicht als eine solche Gefahr anerkannt. Die Ausfuhr von Siegern sind zugleich die schärfste moralische Beurteilung derjenigen Kreise, die die Opfer der Wirtschaftskrise nicht ausschließlich auf die Bestohlenen abwälzen wollen. An Kapitalbildung sind keineswegs nur die oberen, sondern die mittleren und unteren Schichten des Volkes stark beteiligt. Die Einkommensteuer ist überhaupt unsere gerechteste Steuer. Durch ihre Vernachlässigung wird Deutschland zu der preiswertesten Steuerzone der Welt. Die Erhöhung der Einkommensteuer um 5 Prozent bedeutet eine Anerkennung unserer Argumente. Die Anerkennung ist aber die reaktionärste Halbheit, weil unter der Schlag, einen zehnprozentigen Aufschlag auf die Einkommensteuer bei höheren Einkommen einzuführen, nicht durchgeführt werden dürfte die Abkehr der Regierungsparteien verrät. Bestehen zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch Halbheit wird außerdem unser Steuersystem außerordentlich kompliziert, obgleich der Finanzminister sich gegen alle unnötigen Steuerkomplifikationen ausgesprochen hat. Die Vermögenssteuer nämlich bei einer höheren Belastung der großen Einkommen zu fallen. Sie ist eine Steuer, die überhaupt nicht in unser Steuersystem hineinpaßt.

Der Gegenwurf zur Vermögenssteuer ist so schwach begründet, wie noch selten überhaupt ein deutscher Gegenwurf.

Die Reichsliste der Beamten enthält einen rechtlichen Kern, weil man die vor Arbeitlosigkeit und Not im Alter geschützten Beamten

## Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolfsohn

(8) (Nachdruck verboten!)

„Weshalb? Er ist sehr launisch, nervös und reizbar. Sie werden sagen, das sind alle Menschen, die geistig sehr angestrengt arbeiten. Betty hat auch genug Rücksicht darauf genommen. Ich hätte das ganz bestimmt nicht alles in den Kauf genommen. Ich besinne mich ganz genau, wie ich an einem Abend zu ihr kam und sie in Tränen gebadet war. Und weshalb? Gerd Wieringer hatte ihr am Telefon ein Scene gemacht, weil sie nicht ganz pünktlich gewesen war!“

Dr. Sachl mußte lächeln. „Da spricht doch zu sehr die Frau aus Ihnen, welche die Frau verlobt!“

„So? Glauben Sie, mein Herr? Da treten Sie ja aber sehr! Ich verleihe überhaupt niemandem. Sie aber haben nicht gesehen, wie verzweifelt das Mädchen an jenem Abend war. Und außerdem war noch etwas anderes: Gerd Wieringer war fruchtbar, aber eifersüchtig. Damit hat er die Betty auch sehr gequält.“

Sag, Herr Wieringer, weshalb keine Worte zur Oberflächlichkeit?“

„Gut, Herr Wieringer, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß Gerd Wieringer etwas Desorganisierter war. Denn kann ich Ihnen sagen, daß Gerd Wieringer mit mir verlobt war, als ich noch ein Kind war?“

„Gut, Herr Wieringer, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß Gerd Wieringer mit mir verlobt war, als ich noch ein Kind war?“

„Weshalb fragen Sie das?“

„Weil ich von Fräulein Grahl ein anderes Bild habe!“

„Und welches?“

„Ich glaube, daß ihre Kraft, ihre Fähigkeit zu lieben, beschwächt ist. Und deshalb wird sie manches schweigend gebügel haben, weil sie in dem Mangel an Lebensfähigkeit eine Schuld gegen Gerd Wieringer zu sehen glaubt. Sie hätte, daß ihm etwas verpasst war, und daß sie dies auch Gerd verzeihen mußte. Das suchte sie nun wieder auszugleichen, und deshalb duldete sie manches, was sie sonst nicht gebügel hätte.“

„Glauben Sie, Dr. Sachl, daß auch Gerd Wieringer das gefühlt hat?“

„Das ist schwer zu sagen. Und ich weiß von Weibern zu wenig, als daß ich darüber urteilen könnte.“

„Eks Berg schweig eine Weile, bevor sie wieder zu sprechen begann.“

„Ich habe mich einmal mit Gerd über Betty unterhalten. Ich wollte wissen, wie er über Betty dachte. Und sagte er nicht, aber er erklärte mir alles. Und das gerade diesen Augenblick für ihn wertvoller ist, als alles andere. Und noch etwas will ich Ihnen sagen: Betty ist nicht klüger gewesen, wenn sie mit Gerd zusammen war. Sie hat ihm alles gegeben, was sie geben konnte.“

„Ist das etwa nicht?“

„Wenn man nicht, kann man nicht rechnen: Ist das viel? Klüger ist viel?“ entgegnete Dr. Sachl. „Man gibt mit dem Alter. Es ist unwillen nach schwerer zu nehmen, als zu geben.“

„Was Sie mit erzählt haben, war sehr interessant für mich, und ich danke Ihnen vielmals dafür, daß Sie gekommen sind.“

„Das Mädchen wollte etwas sagen, aber Dr. Sachl unterbrach sie.“

„Ich würde natürlich niemandem von unserer Unterhaltung erzählen. Aber ich habe Sie heute sehr dankbar gefunden. Und ich danke Ihnen vielmals dafür, daß Sie gekommen sind.“

„Ich würde natürlich niemandem von unserer Unterhaltung erzählen. Aber ich habe Sie heute sehr dankbar gefunden. Und ich danke Ihnen vielmals dafür, daß Sie gekommen sind.“

sehr spät. War es nur die fahle Beleuchtung des elektrischen Lichtes, welche Betty heute so blaß erscheinen ließ? Sie den Italiener ebenfalls bemerkt und erwiderte jetzt keinen mit merklicher Zurückhaltung. Und doch glaubte der Mann merken, daß sie gern mit ihm gesprochen hätte. Indes wollte ohne direkte Aufforderung nicht zu ihr gehen und lehrte den zu seiner Gesellschaft zurück.

## XII.

Übermals war Dr. Sachl bei Gerd Wieringer. Dies letzte der letztere keine Erklärung forderte.

„Wenige Tage, nachdem ich zum erstenmal bei Betty gewesen war, verließ sie. Ich begleitete sie ein Stück Weges. Es war damals recht unruhige Zeiten. Inflation, fremdes Militär, und Ausschreitungen in den besetzten Gebieten und dergleichen mehr. Ich brachte sie über die Grenze und fuhr zurück.“

Er machte eine kurze Pause. „Haben Sie jemals auf Sie gewartet? Nein? Dann können Sie nicht verstehen, was nächste Zeit an Höhenqualen für mich in sich barg. Was immer wieder wartet! Dreimal am Tag kam der Brief. Dreimal am Tag lauzte ich auf ihn. Vier, fünf, sechs, zehn Tage vergingen. — kein Brief kam. Ich begann langsam zu verzweifeln. Sie und hergerissen von dem widersprechenden Gedanken, ohne Ruhe, ging ich eines Tages mit Bekannten in das nächstbesten Lokal. Damals lernte ich kennen, der ich ein ganz guter Künstler sein kann. Ich betraute an jenem Abend nach allen Regeln der Kunst. Als ich am nächsten Morgen mit beschworenem Kopf erwachte, lag ein Brief mit mir.“

Es war ein etwas seltsamer Brief. Sie wollte mit ihm schreiben, wie sie eigentlich wollte, weil sie mich noch so liebte. Sie schrieb mir alles, was sie tat, aber sie schrieb mir noch nicht. Und dann sie zurückkam, wußte sie nicht, was sie mit mir machen sollte.“

„Ich möchte nicht bei ihr zu Hause anrufen und fragen, was sie gemacht hat. Ich möchte überhaupt nicht, daß sie mich noch weiß, daß ich mehr an sie denke, als man die erwarten darf. Aber es verging wohl kein Tag, an dem ich nicht an ihre Verlobung, immer in der Hoffnung, daß sie ihre Familie zu treffen, von ihr hätte fragen können.“

(Fortsetzung folgt)



Die in dem Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung enthaltene Bestimmung, daß die Versicherungsfreiheit für den 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, würde allen erwerbsfähigen Jugendlichen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr die Möglichkeit, Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen, nehmen, bekanntlich ein Arbeitsloser vor der ersten Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung 52 Wochen in versicherungspflichtiger Tätigkeit gewesen sein muß. Gegen diese Absicht der Reichsregierung wendet sich die Jugendbewegung der deutschen Jugendverbände, da sie aus ihrer Tätigkeit bekannt ist, in wie hohem Maße das schon zu verzeichnende Elend der erwerbsfähigen Jugendlichen durch gestiftet werden würde. Der Reichsausschuss der Jugendverbände hat sich deshalb veranlaßt, die Fraktionen des Reichstags eine Eingabe zu machen, in der sie gebeten werden, die gegenwärtig bestehende Arbeitslosenversicherung für die Jugendlichen auch in Zukunft offen zu lassen.

## Leistungsabbau bei den Jugendlichen

Eine Eingabe des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände

Die in dem Gesetzentwurf zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung enthaltene Bestimmung, daß die Versicherungsfreiheit für den 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, würde allen erwerbsfähigen Jugendlichen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr die Möglichkeit, Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen, nehmen, bekanntlich ein Arbeitsloser vor der ersten Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung 52 Wochen in versicherungspflichtiger Tätigkeit gewesen sein muß. Gegen diese Absicht der Reichsregierung wendet sich die Jugendbewegung der deutschen Jugendverbände, da sie aus ihrer Tätigkeit bekannt ist, in wie hohem Maße das schon zu verzeichnende Elend der erwerbsfähigen Jugendlichen durch gestiftet werden würde. Der Reichsausschuss der Jugendverbände hat sich deshalb veranlaßt, die Fraktionen des Reichstags eine Eingabe zu machen, in der sie gebeten werden, die gegenwärtig bestehende Arbeitslosenversicherung für die Jugendlichen auch in Zukunft offen zu lassen.

Auf Grund dieser Tatsache haben die sozialistischen Jugendverbände an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. Juli dieses Jahres folgendes Schreiben geschickt:

„Wir sind froh, wenn eine an die Fraktionen des Reichstags eingegangene Eingabe des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, die sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Jugendlosenunterstützung unter 16 Jahren aus der Arbeitslosenversicherung wendet. Die Jugendverbände aller Richtungen sind sich einig, daß die erwerbsfähigen Jugendlichen auch in Zukunft Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung haben. Wir machen Sie auf diesen Umstand besonders aufmerksam, da wir befürchten müssen, daß verschiedene Parteien Forderungen ihrer eigenen Jugend nicht entsprechen werden. Wir freuen uns, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Dank dafür auszusprechen zu können, daß ihre Bemühungen den Ausschussberatungen bereits zu einer Ablehnung der alten Ausnahmebestimmungen für die Jugendlichen geführt haben. Wir hoffen und wünschen, daß es auch endgültig geschehen möge, die den Jugendlichen zugehörige Verschlechterung der Lebensbedingungen abzuwehren.“

Der Reichsausschuss der Jugendverbände hat sich deshalb veranlaßt, die Fraktionen des Reichstags eine Eingabe zu machen, in der sie gebeten werden, die gegenwärtig bestehende Arbeitslosenversicherung für die Jugendlichen auch in Zukunft offen zu lassen.

## Einspruch Preußens gegen die Amnestie der Fememörder

Der preußische Ministerpräsident hat im Namen der preußischen Regierung gegen die vom Reichstage mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Amnestie der Fememörder beim Reichsrat Einspruch erheben lassen.

## Noch mehr Bürokratie

in der Reichsanstalt

Die Vorlage der Reichsregierung zur Reform der Arbeitslosenversicherung enthält nicht nur einen Ausbau des materiellen Arbeitslosenrechtes, sondern greift auch die Selbstverwaltung in der Reichsanstalt an. Bedauerlicherweise ist die Mehrheit des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags bei in diesem Punkt bereits der Regierungsvorlage trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugewandt. Die Bürokratie soll in der Reichsanstalt in drei Hauptabteilungen gegliedert werden.

Die Selbstverwaltung hat praktisch in den Arbeitsämtern einen Einfluß auf die Gestaltung des Haushaltes. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat sich deshalb gezwungen, einstimmig angenommen. Entschließung zur Abänderung des bisherigen Systems der Selbstverwaltung und Bürokratisierung zu fassen. Er erwartet Maßnahmen, die unbeschadet der einheitlichen Verwaltung und des öffentlichen Staates des Verwaltungsrechtes, die freie Ausübung der beruflichen und öffentlichen Selbstverwaltung gewährleisten. Der Verwaltungsrat, der diese Maßnahmen fordert, ist aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der öffentlichen Körperschaften. Zudem geht die Reichsregierung den vorgeschlagenen Weg. Sie nimmt den Arbeitsamtsvorstand als Basis zur Einwirkung geübter Personalkräfte und hebt die Verlegung von Funktionen jedes Vorstandsrechts der Arbeitsämter auf.

Man fragt sich unwillkürlich, ob unter solchen Umständen die Selbstverwaltung überhaupt noch einen Sinn hat. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt trägt die gesamte Verantwortung für das Amt, er soll aber nicht die Qualifikation der Arbeitsämter sein. Die Arbeitsämter sollen von 13 Präsidien der Bundesstaaten übernommen werden, die natürlich über die erforderlichen Personalkräfte nicht verfügen können.

Stellung können wir uns nicht leisten. Jedem soll die Arbeitslosenversicherung abgesagt werden. Die Sozialpolitik auf Kosten der Massen und zum Schaden unserer handelspolitischen Beziehungen auf Hochschulen umgestellt werden. Aus der angekündigten Senkung der Preise kann nichts werden, wenn man keinen Druck auf die gebundenen Kartellpreise ausübt.

Nichts soll zur Senkung der Kleinhandelspreise geschehen, wofür vor allem die Umkehrung der unmöglichen Sonderumlage für Warenhäuser und Konsumvereine zu fordern wäre.

Wenn die Finanzen saniert werden sollen und müssen, dann die Warnungen und Erkenntnisse ausgesprochen zu haben, war das Gebot der Stunde. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, in der die Katastrophe der Reichsfinanzen auf den Youngplan und die unter sozialdemokratischem Einfluß geführte Wirtschafts- und Finanzpolitik (weiter links) zurückgeführt wird. Die Beamten sind bereit und verpflichtet, Opfer zu bringen. Es kann ihnen aber nicht zugemutet werden, mit einer Sondersteuer die Fortsetzung der Mißwirtschaft zu ermöglichen.

Abg. Dr. Reubner (Komm.) spricht der Regierung den Dank für die rasche Zerstörung aller sich an ihre Bildung knüpfenden Funktionen aus die nach zehnjähriger Enttäuschung der Müller-Regierung entstanden waren.

Nach dieser Rede beantragt Vizepräsident Esser, die Gesetze über den Zuschlag zur Einkommensteuer und über die Lebigensteuer dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Abg. Korgler (Komm.) erhebt Einspruch, da die 1/2stündige Redezeit von den Fraktionen noch nicht ausgenutzt sei und gewiß morgen noch verschiedene zu diesen Vorlagen sprechen wollten.

Vizepräsident Esser: Da Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Besprechung.

Die Ueberweisung wird von der Mehrheit beschlossen. Um 19 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung des Reichshaushalts auf Dienstag, 15 Uhr.

## Urteil im Jorns-Prozess aufgehoben

Zurückweisung an das Landgericht

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts erkannte am Montag im Jorns-Prozess auf folgendes Urteil:

Die Revision des Angeklagten Bornstein gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 14. Februar 1930 wird kostenpflichtig verworfen. Auf die Revision des Nebenklägers, Reichsanwalts Jorns, wird das Urteil nicht der ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Angelegenheit wird zu neuer Verhandlung an die Vorinstanz, das Landgericht III in Berlin, zurückverwiesen.

## Aufhebung der Sonderzuschläge für Beamte im besetzten Gebiet

Berlin, 7. Juli.

In der Presse wurde verschiedentlich mitgeteilt, daß die Sonderzuschläge für Beamte im besetzten Gebiet anlässlich der Räumung der dritten Zone aufgehoben worden seien.

Hierüber erfahren wir von unterrichteter Seite, daß laut Verordnung vom 16. Dezember 1927 für das ganze Reichsgebiet die Regelung getroffen worden ist, daß die Sonderzuschläge in den Orten, wo sie früher 15 Prozent betragen, auf 5 Prozent, in denjenigen Orten, wo sie 10 Prozent waren, auf 0 Prozent herabgesetzt wurden. Für das besetzte Gebiet wurde damals eine Sonderregelung getroffen, nach der in diesem Gebiet, so lange die Besetzung dauerte, statt null Prozent 5 Prozent und statt 5 Prozent 8 Prozent gezahlt wurden. Nach der jetzt erfolgten Räumung sind diese Zuschläge aufgehoben worden und das besetzte Gebiet ist also mit dem übrigen Gebiet des Reiches gleichgestellt worden.

## Strafantrag des Berliner Magistrats gegen die Ellarets

Der Berliner Magistrat hat am Montag beschlossen, gegen mehrere Blätter, die im Anschluß an die letzten Gerichtsverhandlungen in Sachen des Direktors der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Brodat, und die dabei gemachten einseitigen Zeugenaussagen der Brüder Ellarek gegen Bürgermeister Schölk irgend welche mit dem Gesetz in Widerspruch stehende Schlussfolgerungen gezogen haben, Strafantrag zu stellen. Die Abwehr des Bürgermeisters Schölk richtet sich vor allem gegen die Behauptung der Brüder Ellarek, daß er beim Presseball des Jahres 1929 Stundenlang an dem Tisch der Ellarek gesessen und sich an dem Sekt der Schieber wohlgetan habe.

## Französisches Mißtrauen

Gegen Italiens Antwort auf Briands Europa-Memorandum

Paris, 8. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die italienische Antwort auf das Europa-Memorandum Briands, deren Text am Montag spät Abend veröffentlicht worden ist, bringt im Widerspruch zu dem kürzlich im „Petit Parisien“ erschienenen Artikel Mussolinis eine begeisterte Zustimmung zu den Vorschlägen Briands. Trotzdem findet die Antwort ihrer Vorbehalte wegen in der Pariser Presse durchweg eine ausgesprochen schlechte Aufnahme.

In seinen Vorbehalten, fünf an der Zahl, verlangt Mussolini

1. die volle Wahrung der Souveränität der angeschlossenen Staaten, den Schutz der Rechte der kleinen Mächte, die volle Gleichberechtigung und die Abschaffung aller Spuren des Unterdrückes zwischen Sieger und Besiegten,
2. den Eintritt Rußlands und der Türkei in den Europapakt,
3. Erweiterung des Paktes zu einem weltumfassenden System der Solidarität und der Zusammenarbeit,
4. die völlige Beseitigung aller der kleinen Mächte im Spezialbereich des Bundes.

und schließlich die allgemeine Erklärung als Hauptziel des Bundes, da die Sicherheit durch den Völkerbund, den Kellogg-Pakt und die Locarno-Verträge genügend garantiert sei.

Alle diese Vorbehalte glaubt die Pariser Presse, reines als demagogisch bezeichnet zu können.

## Die deutsche Antwort wird noch beraten

Das Reichskabinett beschloß am Montagabend in einer nachmittäglichen Sitzung mit dem Ziel der Antwort auf das europäische Memorandum des französischen Außenministers. Die Beratungen, die sich außerordentlich schwierig gestalten und

## Kommunistische Ausschreitungen in Bremen

Im Laufe des gestrigen Tages kam es hier wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Die Kommunisten hatten schon seit Tagen durch Flugblätter und Rundpropaganda zu Kundgebungen gegen den für gestern vorgeschriebenen Stahlhelmwerbemarsh aufgerufen. Auch an die Polizeibeamten waren Flugblätter gerichtet, nicht gegen die Arbeitererschaft zu kämpfen. Der Stahlhelmzug wurde von kommunistischen Wildläufern mit Steinen beworfen. Als die Ruhestörer auch gegen die Polizei mit Steinen, Flaschen, faulen Eiern und Stinkbomben vorgingen, griffen die Beamten energisch durch. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Insgesamt wurden 25 Personen festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Unter ihnen der kommunistische Bezirksleiter Laube, der Mitglied der Bremer Bürgerchaft ist. Laube wurde trotz seiner Immunität verhaftet, da er auf frischer Tat erwischt worden ist.

## De Margerie bei Curtius

Aussprache wegen der Gewalttaten im Rheinland

Auf die gestrigen Vorstellungen des französischen Botschafters in Berlin wegen der Gewalttaten gegen Separatisten im Rheinland hat der Reichsaussenminister unter anderem erwidert, daß die Reichsregierung die Gewalttaten verurteilt und sich der Umfang der Ausschreitungen psychologisch aus dem Ausdruck der Leidenschaften über das hochverräterische Treiben der Separatisten erklärt. Der Reichsaussenminister hat ferner dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Amnestievereinbarungen ergriffen haben.

## Deutsch-rumänisches Handelsabkommen im Ausschuss genehmigt

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags genehmigte das vorläufige deutsch-rumänische Handelsabkommen. Dann wurde eine Petition beraten, worin ein Reichsbeamter Schadenersatz wegen ungeschädigter Inhaftierung durch die Sowjetrepublik verlangte. Da der Auswärtige Ausschuss in dieser Angelegenheit erst einen Bericht des Auswärtigen Amtes hören wollte, so wurde die Erhebung der Frage zunächst ausgef. Der handelspolitische Ausschuss stimmte dem deutsch-rumänischen Abkommen ebenfalls zu.

## Pause in den Saarverhandlungen

Im Verlaufe der Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Führer der deutschen und der französischen Delegation für die Saarverhandlungen Staatssekretär v. D. von Simeon und Minister für öffentliche Arbeiten Bernot stattgefunden haben, ist festgestellt worden, daß über gewisse Fragen, die von beiden Regierungen als wesentlich angesehen werden, nach wie vor sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Mit Rücksicht hierauf ist im beiderseitigen Einvernehmen in Aussicht genommen worden, die Verhandlungen möglichst zu suspendieren. Beide Regierungen werden die Pause benutzen, um die Lage, wie sie sich nach den Arbeiten der beiden ersten Unterkommissionen (Gruben- und Zollkommission) darstellt, zu prüfen, und um zu klären, ob auf Grund dieser Prüfung eine erfolgversprechende Wiederaufnahme der Verhandlungen, die für Oktober in Aussicht genommen ist, möglich sein wird.

## Hoover für Verabschiedung des Londoner Flottenpakt

In einer Botschaft des Präsidenten Hoover an den Senat heißt es, daß die Ratifizierung des Londoner Flottenpakt im amerikanischen Interesse liegt. Die Annahme, daß die Vereinigten Staaten es sich als reichste Nation der Welt leisten könnten, die Rüstungen anderer Nationen zu überbieten, sei töricht.

## Keine Ausreisegenehmigung für den Ruffinggeneral

Rundt muß in Bolivien bleiben

Buenos-Aires, 8. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Die bolivianische Regierung hat zur Prüfung des Verhaltens des aus Deutschland kammernden Generals Rundt (Rundt ist nicht mehr deutscher Staatsangehöriger — Reb.) während des Umsturzes in Bolivien eine Kommission eingesetzt, die vor allem darüber entscheiden soll, ob Rundt die Ausreise von Bolivien gestattet werden soll. Mit der baldigen Möglichkeit einer derartigen Ausreise wird nicht gerechnet. Boreck wurde die Genehmigung zur Ausreise verweigert, weil man befürchtet, daß Rundt anderen latein-amerikanischen Mächten militärische Informationen zukommen lassen könnte.

## Holland antwortet auf das Memorandum Briands

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die holländische Antwortnote auf das Memorandum Briands ist am Freitag vom Quai d'Orsay veröffentlicht worden.

Die Note umfaßt sechs mit Schreibmaschine gedruckte Seiten, die in acht Punkte eingeteilt sind. In der Einleitung und in einem Nachsatz erklärt die holländische Regierung, daß sie der Briand'schen Initiative durchaus sympathisch gegenübersteht und bereit ist, loyal an der Ausführung der Idee mitzuarbeiten. Die wesentlichen Punkte bestehen aus mehr oder minder prägnant formulierten Forderungen und Vorbehalten. In Punkt 2 wird das Gebot erwidert, daß zu einer wirksamen Ausgestaltung der Briand'schen Initiative die einzelnen Nationen doch auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen. Punkt 3 bezeichnet als das größte Problem das Verhältnis des europäischen Bundes zu den anderen Kontinenten. Die Föderation Briands dürfte unter keinen Umständen zu einem Instrument neuer Bestimmungen zwischen Völkern oder Völkern werden. Punkt 5 ist aus dem die Gemeinsamkeit der Interessen, die Briand der Organisation des europäischen Bundes zugrunde legt, namentlich der gemeinsamen Willen zur Befriedung und zur Verstärkung des Warengustausches, nicht spezifisch auf Europa beschränkt, sondern der ganzen Welt gemeint. In Punkt 6 wird ein gemeinsames Gebot erwidert, daß künstliche europäische Grenzen ohne Rücksicht auf die natürlichen Grenzen der Völker nicht bestehen dürfen. Punkt 7 enthält eine inhaltliche Erklärung, daß die holländische Regierung die Briand'sche Initiative mit größtem Interesse verfolgt werden solle. Punkt 8 enthält eine allgemeine Erklärung, daß die holländische Regierung sich bereit erklärt, die Briand'sche Initiative mit dem politischen Willen zu unterstützen, der für die Verwirklichung der Briand'schen Initiative erforderlich ist.







Breslauer Nachrichten Käse in der Ernährung

Von Dr. W. Schweishelmer Die Annahme, daß die Ernährung in einem Lande stets die gleiche bleibt, trifft nicht zu. Man braucht noch gar nicht an so wichtige Ereignisse zu denken, wie es beispielsweise die Einwirkung der Kartoffel in Europa war. In unseren Tagen erleben wir eine wahrnehmbare Ernährungsänderung mit dem Vordringen der Tomate in Deutschland; sie war noch vor einem Jahrzehnt in großen Teilen des Landes unbekannt. Der Gebrauch von Milch und Milchzeugnissen, der auf dem Lande ein Teil der natürlichen Ernährungsgrundlage darstellt, ist in großen Städten zunächst etwas ins Hintertreffen geraten. Hier ist eine Umstellung der Ernährung im Gange; sie sucht der Landernährung durch umfangreichere Benutzung von Milchprodukten wieder anzugleichen. Diese Umstellung ist als näherer an natürliche Ernährungsverhältnisse zu betrachten. Außer Milch und Butter, Rahm und den Sauermilcharten es vor allem der Käse, der hier eine immer größere Rolle spielen beginnt. Für den Stadtmenschen ist konzentrierte Ernährung nötig, mit viel Nährwerten in verhältnismäßig kleiner Menge; auch eine bequeme Transportmöglichkeit muß gegeben sein. Beides ist beim Käse der Fall. Der Käse wird dadurch gewonnen, daß aus Milch, Rahm usw. durch die Einwirkung von Säure Gmelch und Fett abgetrennt werden. Der Unterschied in dem Kaloriengehalt unter Zusammenfassung der verschiedenen Käsearten ist aus folgender Tabelle zu sehen:

Table with 5 columns: 100 Gramm Käse enthalten: Eiweiß, Fett, Kohlehydrate, Kalorien. Rows include Gmelchkäse, Hartkäse, Weichkäse, Gmelchkäse.

Es sind also ganz erhebliche Unterschiede im Brennwert der verschiedenen Käsearten vorhanden. Die verschiedenartige Verwendung bei Ernährungszwecken wird daraus verständlich. Ein Mensch, der sich einer Abmagerungskur unterziehen will, wird vorwiegend von Weichkäse Gebrauch machen, weil sie verhältnismäßig viel Eiweiß enthalten, dagegen sehr wenig Fett. Bei solchen Kurern notwendige Eiweißmengen werden mit Gmelchkäse dem Körper in angenehmer Weise zugeführt. Umgekehrt vermag der Zusatz von Rahm- oder Fettkäse zur Ernährung eine beachtliche Mastkur aufs Beste zu unterstützen. Eine Einschränkung von Kohlehydraten in der Ernährung notwendig ist, wird sich Käse wegen seines geringen Gehaltes hieran zweckmäßig erweisen.

Auch Vitamine sind im Käse enthalten, im allgemeinen um mehr, je fettreicher der Käse ist. Von den Mineralien sind vor allem Kalzium und Phosphor zu erwähnen. Das früher allgemein gehörte Vorurteil, Käse sei schwer verdaulich, trifft für den gesunden Magen und Darm jedenfalls nicht zu. Die Anwesenheit der Mikroorganismen im Käse bewirkt die natürlichen Bakterienbewohner des Darms und übt vielfach einen günstigen Einfluß auf die Darmtätigkeit aus. Der Käse gibt hier zum Teil das gleiche, was bei den sauren Milchsäuren als wirksam und förderlich erkannt wurde. Milchsäurebakterien, wie sie in allen Käsearten vorhanden sind, treten in Streit mit den normalen, säureerzeugenden Darmbakterien. Sie vermindern dadurch allzu weitgehende Säurebildungen und schützen damit vor einer Vergiftung des Körpers von innen heraus. Diese Verdrängung der gewöhnlichen Säurebakterien und namentlich die beschleunigte Entfernung der Abfallstoffe aus dem Darm wirken im Sinne einer Anregung und Förderung auf den gesamten Organismus. Infolge seines hohen Gehaltes an Eiweiß und Fett stellt er mit Zusatz entsprechender Mengen von Kohlehydraten (Brot, Reis, Kartoffeln, Mehlzweigen) und am besten noch mit einer ausgezechneten Ernährungsgrundlage dar. Soweit der Menschliche Appetit eine Abwechslung verlangt, wird ihn durch den von Fleisch, Gemüse usw. Rechnung getragen. Auch wenn es bei Mastkuren, größere Mengen als Zufuhrnahrung gegeben werden, ist es nicht zweckmäßig, allzu große Mengen auf einmal zu geben, sondern es werden besser mehrmals am Tage kleine Mengen verabreicht.

Auch eine Lösung des Roggenproblems

Schuld sind wieder einmal die Arbeitslosen, steht in der „Schlesischen Zeitung“

Deutschland leidet bekanntlich an einer Ueberproduktion von Roggen. Darum auch die Propaganda, das angeblich mehr nahrhafte Roggenbrot zu essen. Nun kann aber die „Schlesische Zeitung“ als Blatt der schlesischen Agrarier nicht gut die Roggenproduktion auf ihre eigentlichen Ursachen zurückführen, zumal die Schließung durch ihre hohen Subventionen an die Landwirtschaft. Roggenbau statt zu droffen in höchstem Maße noch forciert. So muß man schon nach anderen Ursachen suchen. Und schon hat ein eifertiger Schreiber die Lösung gefunden und in einem Artikel steht in der heutigen Morgen-Ausgabe einleitend folgender schöner Satz: „Die Einschränkung des Roggenverzehrs ist in der Hauptsache in der Arbeitslosigkeit begründet.“ Nachdem weiterhin dargelegt wird, daß Roggenbrot weit nahrhafter als Weizenbrot ist und darum mehr Kraft enthält, steigt sich das bedauernde Opfer der Hitze zu folgender Hauptaufgabe: „Der Arbeitslose hat keinen rechten Appetit, daher ist er zur Semmel und zum Weizenbrot, was nahrhafter ist.“ So nun wissen wir es also. Der Arbeitslose ist wieder einmal schuld. Da er infolge seiner Beschäftigungslosigkeit nicht als Appetitstärker leidet, muß er eben Weizenbrot essen. Immer Irreer! Der du dies hast schreiben können. Bist du schon mal in einem Haushalt eines Arbeitslosen gewesen, wenn er dir erzählt, wie man am besten diese paar Pfennige Unterernährung einleitet. Da bleibt keine Ueberlegung, ob Roggen- oder Weizenbrot, sondern höchstens die bange Frage offen, ob damit Hunger zu stillen ist. Jedermann weiß, daß die Kreise, die Kaufkraft und Appetitlosigkeit zu nährhaltigeren Speisen greifen, bei den Lesern der „Schlesischen Zeitung“ zu suchen ist als bei den von den wenigen Pfennigen Unterernährung leben. Wer auf solche eine Weise von den eigentlichen Ursachen ablenkt — und sie selbst mit auf die blödeste publizistische — war schon immer das Privileg der „schlesischen Zeitung“ Breslauer Bürgerturns.

Der Schuß in den Schwurgerichtssaal

Im mittleren der drei großen Bogenschießen des Schwurgerichtssaales wurde am Montag früh ein Schuß abgegeben, der nur in einem Schuß herrühren kann. Die Kugel ist offenbar vom Schützen der vierten von einer erhöhten Stellung aus abgefeuert worden und hat das Doppelgitter mit großer Wucht durchschlagen. Die fortgeführten Gasflitzer lagen bis weit in den Saal hinein. Die polizeiliche Untersuchung wird hoffentlich in nächster Angelegenheit klären. Die Kugel wurde bisher nicht gefunden. Es ist anzunehmen, daß sie nach irgendwo in den Nebenhallen fiel. Wäre der Schuß zu einer Zeit abgegeben worden,

Siedlungs-Mieter nehmen Stellung zu den Beschlüssen des Magistrats und der Siedlungs-A.G.

Vier Versammlungen für Fortsetzung des Mieterstreiks Erweiterungen der Härtekommissionen begrüßt

Die Breslauer Siedlungsvereine, die im Neumieter-Schutzverband zusammengeschlossen sind, hatten für Montagabend mehrere Versammlungen einberufen, um zu der Situation erneut Stellung zu nehmen, in der sich zurzeit die Mietspreissetzung in den Breslauer Siedlungen befindet, nachdem in langwierigen Verhandlungen versucht worden ist, die geplante Erhöhung abzuwehren.

Die Versammlung des Siedlungsvereins Zimpel fand in der Terrassenhalle der Jahrhunderthalle statt. Da der eine Saal die Besucher nicht alle aufnehmen konnte, mußte in einem anderen Saale eine Parallelversammlung durchgeführt werden.

Der Redner in der Hauptversammlung, Siedlungsfreund Reim, gab einen Bericht über den Gang der Verhandlungen mit der Siedlungsgesellschaft. Das Ergebnis der Unabstimmung im Monat April habe die Siedlungsgesellschaft veranlaßt, überhaupt mit den Vertretern der Mieterkassette zu verhandeln und es sei von vornherein klar gewesen, daß die Verhandlungsführung sich recht langwierig gestalten würde. Zunächst ist versucht worden, auch mit einer höheren Stelle zu verhandeln, und zwar mit dem preußischen Volkswohlfahrtsministerium. Diese Verhandlung führte dazu, daß ein Regierungskommissar nach Breslau entsandt wurde, der Untersuchungen über die Mietspreissetzung der Siedlungsgesellschaft und die wirtschaftliche Lage der Neubausmieter anstellen sollte. Diese Verhandlungen brachten ein Ergebnis, das in einem extremen Verhältnis zu den Berliner Verhandlungen steht, denn der Regierungskommissar stellte fest, daß in dem Geschäftsgeheimnis der Siedlungsgesellschaft der eine Fehler feststellbar gewesen sei, daß ihre bisherigen Mieten zu billig waren. Im übrigen sei gegen die Geschäftsführung keinerlei Einwand erhoben worden. Die weitere Erklärung des Regierungskommissars ging dahin, daß sich die Staatsregierung außerstande sehe, finanziell zu helfen. Diese Feststellungen bestärkten den eingeschlagenen Unteransatz des Magistrats in seiner Ansicht, die neue Mietspreissetzung, worauf der Neumieter-Schutzverband ein Gutachten ausgearbeitet und neue Vorschläge unterbreitet hat, um wenigstens für die kleinen und mittleren Wohnungen eine tragbare Miete zu erreichen. Er hat eine Klasseneinteilung der Wohnungen in den Siedlungen und eine darauf aufgebaute Grundmietenfestsetzung vorgeschlagen. Auch diesen Vorschlag hat der Magistratsunterauschuß abgelehnt. Als letzten Vorschlag hat die Vertretung der Mieterkassette die Erhebung einer Wohnungszulagensteuer für Altmwohnungen mit mehr als 5 Zimmern empfohlen, die unter Zugrundelegung der Angaben des statistischen Jahrbuches etwa 1,3 Millionen Mark erbringen und zur Sanierung des Neubauwesens Verwendung finden könnte.

Gegen diesen Vorschlag ist geltend gemacht worden, daß die Preußentregierung ihre Zustimmung zur Erhebung dieser Steuer verweigern werde, aber da nach einer bisher allerdings noch nicht genau kontrollierbaren Meldung auch in der Stadt Suß ein solche Steuer erhoben werde, müsse bei einer Bestätigung dieser Mitteilung mit allen Mitteln in den politischen Parteien dafür gewirkt werden, daß das Stadtparlament nach den Ferien sofort zu der Einführung dieser Steuer Stellung nimmt.

Als einen Gegenvorschlag hat die Siedlungs-A.G. - Ges. die Erweiterung der sogenannten Härtekommissionen durch Zuziehung von Vertretern der Mieterkassette empfohlen. Die Praxis, die sich daraus ergeben würde, ist noch nicht zu überlegen, doch kann sie als eine erfolgversprechende Maßnahme angesehen werden, wenn der Magistrat sein Versprechen einlöst und dieser erweiterten Kommission auch die Entscheidung überläßt. Die Mieterkassette wird dann eben ohne jede falsche Scham von dieser Einrichtung Gebrauch machen müssen, um so mehr, weil nicht das Wohlfahrtsamt, sondern das Kleinwohnungsamt diese Ausfälle deckt. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Gelder des Kleinwohnungsamtes doch auch zu einer allgemeinen Verbilligung verwendet werden könnten, doch sei erklärt worden, daß dies aus verschiedenen Gründen nicht gemacht werden könne.

Der Redner ging zum Schluß auf die Beschlüsse der Vertreterversammlung des Neumieter-Schutzverbandes ein, die sich für

Fortführung des Kampfes entschieden habe, aber den Mitgliedern die letzte Entscheidung überlassen wolle. Er wies dabei aber darauf hin, daß die Front der Streikfreudigen nicht mehr so einheitlich und geschlossen stehe und andererseits eine Interessenslosigkeit weiter Mieterkreise die Position der Mieter nicht stärke.

Nach einer längeren Aussprache entschied die Versammlung mit 279 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen für Fortführung des bedingten Mieterstreiks.

In der Parallelversammlung referierte Siedlungsfreund W. B. d. r. und auch hier ergab die Abstimmung mit 158 gegen 2 Stimmen die Entscheidung für Fortführung des Kampfes.

Der Vorstand des Neumieter-Schutzverbandes, Abteilung Köpelmig, hatte seine Mitglieder am Montagabend in dem Restaurant von Möller zu einer Versammlung einberufen. Genosse Köpelmig als Vorsitzender eröffnete die gut besetzte Versammlung mit dem Hinweis, daß von den geladenen Pressevertretern nur die Vertreter der „Volkswacht“ und „Arbeiterzeitung“ erschienen waren. Desgleichen waren die Vertreter des Magistrats und der Siedlungs-A.G. nicht erschienen. Er erwiderte dann dem Referenten des Abends, dem Siedlungsfreund Steffen, das Wort zu seinen Ausführungen. Da die bisher eingeschlagenen Wege nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten, weitere Maßnahmen aber von sehr schwerwiegender Bedeutung und großer Verantwortung sind, die der Vorstand wie Vertreterversammlung nicht allein tragen könne, sei nun die Gesamtheit der Mitglieder über die nun zu erfolgenden Maßnahmen selbst und unbefangene Stellung zu nehmen. Der Redner gibt ein ausführliches Bild von den Verhandlungen, aus denen besonders hervorgehoben zu werden dient, daß die Siedlungs-A.G. die Mietpreiserhöhungen ganz fallig begründet. Alle Hinweise auf die besondere wirtschaftliche, wie soziale Not in Breslau blieben erfolglos. Alle Vorschläge der Neumieterorganisation, die, gestützt auf ein reiches Material, hielten, daß eine anderweitige Regelung der Mietspreissetzung durchaus möglich sei, wurde von der Gegenseite nicht akzeptiert. Die Entscheidung, was nun weiterhin geschehen solle, liegt nun in den Händen der Mitglieder. Trotz der grundsätzlichen politisch wie religiös neutralen Einstellung des Verbandes wird es doch bei bestimmten Anlässen unerlässlich sein, auch politische Betrachtungen einzubeziehen. Wenn hier in Breslau ein so heißer Kampf um die Richtlinien der Mietspreissetzung entbrannt ist, so hat derselbe nicht nur eine lokale Bedeutung, denn in ganz Deutschland ist man auf den Ausgang desselben gespannt. Liegen doch überall die Verhältnisse ähnlich. Auch die Politik der Siedlungs-A.G. wird letztendes durch die Richtlinien der Reichspolitik bestimmt und darüber hinaus auch durch internationale Zusammenhänge.

In der folgenden regen Diskussion brachten alle Redner ihren Unmut über das Verhalten der Siedlungs-A.G. in herben Worten zum Ausdruck und forderten eine unbedingte Weiterführung des Kampfes bis zu einem befriedigenden Ende. Diese einseitige Auffassung gestattete dem Referenten sich in seinem Schlusswort kurz zu fassen, indem er einige Unklarheiten beiläufig und dann noch einmal auf die Bedeutung der Siedlungs-A.G. in der Frage öffentliche oder private Bauunternehmung hinwies.

Die zur Abstimmung gelangte Entscheidung wurde einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen, angenommen.

Nach einmal auf die Schwere des kommenden Kampfes hinweisend und die Mitglieder auffordernd, in demselben auch weiterhin einig und geschlossen zusammenzutreten, schloß der Vorsitzende bei vorgerückter Stunde die Versammlung.

In der Versammlung des Siedlungsvereins Merckelstraße im Lokal von Schmidt, Hubenstraße, sprach Siedlungsfreund Kalkin, der ebenfalls einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen gab und auf die Folgen hinwies, die sich aus dem Vorgehen der Siedlungs-Gesellschaft ergeben müssen, wenn sie bei ihrer Forderung beharrt. Auch hier wurde nach einer längeren Aussprache durch einstimmige Annahme einer Resolution der Entscheidung der Vertreterversammlung des Neumieter-Schutzverbandes zugestimmt, die sich für die Fortführung des Streiks ausspricht.

wo im Saale verhandelt wurde, so wären erhebliche Folgen nicht ausgeschlossen gewesen, da der Gerichtshof in unmittelbarer Nähe des Fensters auf erhöhtem Podium seinen Platz hat. Nicht minder groß wäre die Gefahr durch die herumfliegenden Glassplitter gewesen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Polizei den Schützen auch feststellt.

Fahrraddieb festgenommen

Seine Rundschaft hat nun das Nachsehen

Dieser Tage gelang es der Kriminalpolizei, in der Person des 23jährigen Monteurs Günther Schöch einen der gefährlichsten, auf Massenarbeit eingestellten Fahrraddiebe unschädlich zu machen. Zu seiner Spezialität gehörte es, die Räder auf der Straße oder aus Kellern zu stehlen und hauptsächlich auf dem Lande abzugeben, wo er sich als Händler für gefälschte Räder ausgab.

Wie nach seiner Festnahme ermittelt worden ist, hat er allein in den Dörfern Meleschitz und Pau sieben gestohlene Räder verkauft. Diese wurden bei den neuen Eigentümern beschlagnahmt und den Besitzern wieder ausgehändigt. Teilweise werden sich die Käufer außerdem auch noch wegen Fehlleistungen verantworten haben, so daß sie kaum werden sagen können, ein gutes Geschäft mit dem billigen gebrauchten Fahrrad gemacht zu haben. Gleichzeitig wurde auch der Bruder des gewiegten Fahrraddiebes verhaftet, der mit in der „Firma“ tätig war. Für ein bei der Verhaftung beschlagnahmtes „Ideal“-Damenrad und ein „Goeride“-Herrenrad werden nun noch die Eigentümer gesucht. Die Polizei ersucht nun noch alle Personen, die mit Schöch zu tun hatten, sich zu melden, damit sie sich nicht in den Verdacht der Fehlleistung bringen.

Rückstapfloser Automobilist

Als am Montag vormittag der Radfahrer Georg Dienso aus der Köpelmigstraße die Lauentienstraße entlang fuhr, wurde er an der Ecke Anger von einem der Taxistreiber kreuzenden Personenauto ungerissen und erheblich verletzt. Das fahrende Auto, das überdies auch nicht einmal ein Signal gegeben haben soll, fuhr weiter, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Da das Kennzeichen I. K. 8418 festgestellt werden konnte, war es möglich, als Inhaber dieses Zeichens den Kaufmann Oswald Schöps, Dendstraße 20, zu ermitteln. Daburch wird es auch gelingen, den rückstapflosen Fahrer festzunehmen.

Der selbstmörderische Sprung vom Dampfer

Abstieg einer Ehefrau

Wie gestern berichtet wurde, ist am Sonntagabend ein Mann von einem Passagierdampfer der Reederei Ratte in die Ober geprüngt und sofort ertrunken. Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß es sich um den 40 Jahre alten Amtsgehilfen Hoffmann, Hedwigstraße 40 wohnhaft, handelt, dessen 40 Jahre alte Ehefrau seit dem 27. Juni (juristisch verheiratet) ist. Die ehelichen Auseinandersetzungen, die dem Verschwinden der Frau vorausgegangen sein dürften, scheinen nun auch der Anlaß zum Freitod des Mannes gewesen zu sein.

Weitere Verbesserungen im Luftpostverkehr

Breslau gewinnt als Luftpostort mehr und mehr an Bedeutung. Unter Ausnutzung der günstigen gelegenen Schnellzug- und Luftpostverbindungen sind Postbeförderungsleistungen geschaffen worden, an die früher niemand gedacht hat und von denen nachstehend einige mitgeteilt werden sollen. Die mit dem FD-Zug 37/337 Breslau-Oberberg, ab Breslau 21.56 Uhr, abgehenden Luftpostbeförderungen erreichen schon am nächsten Tage gegen 10.30 Uhr, Belgrad 13.15 Uhr, Budapest 9.5 Uhr, Graz 9.5 Uhr, Innsbruck 12.5 Uhr, Konstantinopel 18.45 Uhr, Rom 16.30 Uhr, Salzburg 10.50 Uhr, Saloniki 18.30 Uhr, Venedig 12.10 Uhr. Morgens bieten die 8.10 und 8.30 Uhr abgehenden Flüge Breslau-Prag-München-Fürth und Breslau-Prag-Wien-Konstantinopel zur Brief- und Paketbeförderung nach Süddeutschland, der Schweiz und darüber hinaus sowie nach der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn und nach den Balkanländern schnelle Luftpostbeförderung. Da die Sendungen die Hauptstädte dieser Länder noch am Abgangstage, nur Konstantinopel am darauffolgenden Morgen erreichen, sind die Zeitgewinne ganz erheblich. Es erreichen ferner die um 18.20 Uhr ab Hauptbahnhof mit dem D-Zug 116 Breslau-Dresden abgehenden Luftpostsendungen schon am nächsten Tage Barcelona um 18.20 Uhr, Genf 12.45 Uhr, Marseille 18.30 Uhr und die 18.12 Uhr ab Hauptbahnhof mit dem D-Zug 40 Breslau-Berlin abgehenden Luftpostsendungen über die Reichspostkassen Berlin-London und Antwerpen-Hannover-Schweden am nächsten Tage 22.00 (Winnland) 18.00 Uhr, Antwerpen 9.0 Uhr, Hannover 11.45 Uhr, Brüssel 9.26 Uhr, Rotterdam 7.55 Uhr, Köln 11.40 Uhr, Kopenhagen 5.30 Uhr, London 9.40 Uhr, Lyon 14.15 Uhr, Madrid 6.0 Uhr, Oslo 10.15 Uhr, Paris 9.5 Uhr, Rotterdam







# Im den Wärembrunner Gasometer

Wichtigkeiten in der Ferngasleitung / „Die Bergarbeiter streiken nicht“ sagt die Kölner Gas AG.

Wie bekannt, bezuht das Ferngasprojekt Waldenburg — Wärembrunn, zu dessen Zweck die kommunaleigene Ferngas-Kilometerleitung gebildet wurde, zu einem wesentlichen Teil auf einem Verleasungsvertrag dieser Leitungsgesellschaft — das Gas von der Niedlag bzw. den fürstl. Pleßschen Gruben ge- — mit der „Kölner Gas AG.“, die durch verschiedene Ver- eine Reihe Gemeinden des Hirschberger Tales an der ppe hatte und daher als Abnehmer für dieses Gebiet mit in igenommen wurde, aufgebaut. Nun scheinen aber die Abfah- stinisse und sonstigen Vorbedingungen im Hirschberger Gebiet wenig anders zu liegen, wie es ehemals von den Vertretern Kölner Gesellschaft dargestellt wurde.

So ist beispielsweise mit der Gemeinde Warmbrunn bis noch keine Einigung über Gasabnahme von der „Köln“ er- worden. Das hat einmal seinen Grund in der Preis- ge, dann aber konnte die Köln AG. auch nicht die von der einde geforderte Betriebsgarantie übernehmen, da ja kein Reservoir hat und im Falle eines Streiks oder iger Zwischenfälle einfach ausfällt. Das erschien der Ge- bedeulich, obgleich der Geschäftsführer der „Köln“ be- gend zu versichern geruhte: „die Arbeiter auf der Glückhills- schen Hofnungshütte streiken nicht; sie sind froh, wenn sie it haben.“

Daneben läuft aber der Gasometerstreit. In den Verträgen en Niedlag-Köln und der Ferngas AG. wurde festgelegt, in Warmbrunn ein Gasometer stehen wird. Dieser Gasometer beträchtlichen Umfang haben, stört also das Landschaftsbild, die Gemeinde als Bad begrifflicher Weise Wert legt und ette auch sonst Bedenken, sei es aus gesundheitlichen Gründen, es wegen der Möglichkeit einer Explosion. Nun interessiert allerdings die Gemeinde Hirschdorf dafür, den Gasometer h zu plazieren. Das würde jedoch das Warmbrunner Dis- ebenso stören, weshalb man hier eine Verlegung nach Peters- ober Schmiedeberg, die an sich schon industriellen Charakter en, anstrebt.

Man mag über diese Gründe streiten; merkwürdig aber ht es in jedem Fall, daß die „Köln Gas AG.“, die ja sogar Bauaufsicht hat, die provinzeigene Leitung führt, sich nicht Abbruch des Projektes, mindestens aber von Inangriff- hme des Leitungsbaues versicherte, wo nun der Gasometer gestellt werden kann. Es handelt sich nämlich nicht nur um Be- ten, sondern um einen formellen Einspruch der Gemeinde, den am vergangenen Freitag eine Besprechung zwischen der ngas AG. und der Gemeinde stattfand, die zum Ergebnis te, daß der Streit, der nicht beigelegt zu werden vermochte, der Kreisaustrich Löwenberg weitergeht und dort in der kom- der Woche verhandelt wird. Der Kreisaustrich Hirsch- g hat sich, da er selbst Aktionär der Ferngas AG. ist, für angen erklärt. Zugewiesen aber wird die Leitung munter nach ebrun und von Warmbrunn weitergelegt. Gibt der Kreis- schuß Löwenberg dem Einspruch statt, so muß damit gerechnet en, daß erhebliche Verlegungen notwendig werden.

## Wir zahlen keine Steuern mehr

### Neue Landbundfundgebungen

Der Landbund hat in ganz Schlesien in den einzelnen iven Kundgebungen veranstaltet, wo, wie die „Schlesische Ztg.“ chiet, „den Landräten klar zum Ausdruck gebracht“ wurde, „die schlesischen Bauern nicht gewillt sind, still zu halten und den Todesstoß versehen zu lassen.“ Nach dieser anmutigen Ein- ungen wurden dann gleichlautende Entschlüsse folgenden als präferiert:

- Wir erklären: 1. daß wir keine Steuern mehr zahlen nnen; 2. daß wir die Kreis-, Schul- und Gemeindefeats in bisher bemessigten Höhe nicht mehr halten können; 3. daß wir all die Wohlfahrtsausgaben ablehnen werden, weil wir, it zu Bettlern geworden, keine Wohltaten mehr erweisen en; 4. daß wir zu extensiver Wirtschaft übergehen müssen; 5. daß wir uns nicht weiter koproduzieren wollen und können; 6. daß infolge dessen eine bisher unerhörte Kaufent- lung (woher das wohl kommt? Red.) auf allen Gebieten ehen muß, die andere Verufe schädigt und lähmt und neue en zur Arbeitslosigkeit verurteilt; 6. daß an Gwir unfrei- g dazu beitragen müssen, weil wir bei vermindertem Pro- tion ebenfalls Arbeiter entlassen müssen, die wir nicht mehr hlen können.

Die Ernte 1929 ist uns wieder genommen worden, trotz Versprechungen der Regierungen. Niemand kann uns zu- en, zuzusehen, daß daselbe mit der neuen Ernte und allen enden Ernten geschieht. So müssen wir schweren, aber festen ens zu einer solchen Selbsthilfe schreiten, nachdem auch schen staatlichen Maßnahmen infolge der jahrelangen Wirt- t der früheren Regierung, trotz der dringenden Mahnung denburgs vorläufig praktisch erfolglos geblieben sind.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Landrat, daß Sie mit allen en amtlichen Mitteln Ihren vorgelegten Behörden klar en, bis zu welchem Grade die Not und damit die Ver- fassung der schlesischen Bauern gestiegen ist, eine Verzweiflung, zu allem fähig ist.“

Wie wäre es, wenn auch die Wohlfahrtsverwalter — pelonbere auf dem Lande draußen — einmal erklären würden, en sehen es uns nicht mehr an, daß unsere Kinder vor unseren den Augen verhungern, wir schreiten zur Selbsthilfe?“

Im übrigen hatte man Tage zuvor auch eine Deputa- on in Oberpräsidien gelandt und von ihm allen Entsch- ang, er solle in Berlin gegen den deutsch-polnischen abelsvertrag Einspruch legen, da ja gewisse Agrarier immer gebannt auf den Handelsvertrag stieren, wie gewisse Tiere rote Luch, und annehmen, daß bei seiner Sabotierung Wes in dieser Welt verschwinde. Daß es der schlesischen Land- schaft seit den bald fünf Jahren Handelskrieg auch nicht „esser ungen ist, hat anscheinend noch niemand von ihnen begriffen.

## Kein Wasser in der Ober

### Tausend Röhre legen lost

Durch die anhaltende Trockenheit ist der Wasserstand der er geradezu katastrophal geworden. Ungefähr tausend Ober- me waren auf Beseitigung. Die Oberflüsse sind größtenteils hahn nach ihrer Heimat gereist. An vielen Stellen kann in die Ober bequem durchwatzen. Amülich wird bekannt gegeben, die Tausende der militären Ober unterhalb Breslau nicht e gehalten wird, da der Verkehr wegen des niedrigen Wasser-

Die Mundhöhle. Nach langem Suchen endlich das Richtige für die Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch lebend weiche Zähne, trotzdem durch viele Raucher Braun und weiß werden. Ich werde andere mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Fort Berg. — Zahnarzt: Zahnarzt Dr. W. und Dr. M., Zahnärztin, Mundmaler Dr. W. — Zahnarzt, in allen Europäischen Zahnärzten, in jeder

Randes als geschlossen zu betrachten ist. Rund zweitausend Schiffer sind durch das Festliegen der Röhre zur Entlastung gekommen.

### Acht Ochsen im Stall verbrannt

Bei einem Brand auf dem Dominium Hennesdorf bei Görlitz wurde das Stallgebäude eingedörrt, bevor Hilfe zur Stelle war. Außer den Strohporträten sind acht Zugochsen regel- recht verbrannt.

## „Ich bin der größte Esel von Jarischau . . .“

### Ein Gemeindevorsteher mit Selbsterkenntnis

In Jarischau in Oberschlesien war es allgemein bekannt, daß der Gemeindevorsteher mit dem kirchlichen Ausdruck der deutschen Sprache erheblich auf dem Kriegsfuß stand und daher ziemlich unbehelien alles unterschrieb und unterschlempte, was man ihm vorlegte. Der Wirtschaftsinpektor S. wollte sich nun hier- von nachdrücklich überzeugen und fertigte ein Schriftstück an, auf dem zu lesen stand:

Ich bin der größte Esel von Jarischau. Dies wird hiermit amtlich bezeugt.

Mit diesem Schreiben begab er sich am zweiten Weihnachts- feiertag zum Gemeindevorsteher und legte es ihm zur Unterschrift vor. Der Gemeindevorsteher kempelte es prompt und legte auch seinen Namen darunter. Das Bekanntwerden dieser „Amis- handlung“ löste natürlich in der Gemeinde und Umgegend große Heiterkeit aus, hatte aber eine Beleidigungsklage zur Folge. Auch bei Gericht konnte man sich der Heiterkeit nicht verschließen und forderte von dem Kläger eine Vespribe, die im Schul- unterricht wohl mit „mangelhaft“ bezeichnet worden wäre.

Das Gericht beurteilte die Sache aber mehr formal wie heiter und verurteilte den Wirtschaftsinpektor zu der immerhin erheblichen Geldstrafe von 100 Mark, obwohl dieser mit seinem Streich sicherlich der Allgemeinheit, die schließlich daran interessiert sein dürfte, daß Gemeindevorsteher sich kirchlich aus- zuwärtigen verstehen, einen Dienst erwiesen hat. Der Verurteilte hat Berufung eingelegt, so daß sich auch die Doppelner Straf- kammer an dieser Sache „erfreuen“ kann.

### Waldenburg. Brand im Stickstoffwerk.

Auf dem neuen Stickstoffwerk der Fürstlichen Gruben geriet ein provi- sorisch hergestelltes Transformatorhaus in Brand. Raum war das Feuer dort gelöscht, als in der Maschinenhalle ein neuer Brand ausbrach, der auch gelöscht werden konnte, ehe größerer Schaden entstand. Kurzschluß infolge des Gewittersturmes wird als Ursache der Brände angenommen.

### Gottesberg. Wasserperre.

Infolge der anhaltenden Trockenheit steht sich der Magistrat gezwungen, die öffentliche städtische Wasserversorgung für die Entnahme von Wasser zum Bleichen von Wäsche und zum Begießen von Gärten zu sperren. Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis 150 Mark bestraft. Ein größeres Quantum Wasser muß bereitet aus der Walden- burger Hauptleitung entnommen werden.

### Siebenbrunn. Niederrichtige Tierhinderei.

Hier fingen junge Leute, denen man auf der Spur ist, nachts eine Rage, hängten das arme Tier an einer Markise auf und schlugen auf das Tier ein, bis es unter großen Qualen verendete.

### Ober-Kauffung. Ein Todesopfer des Schloß- brandes.

Der aus Italien stammende Arbeiter Tizzi hatte sich bei dem heftigen Schloßbrand bei den Löscharbeiten zu weit vorgewagt und war von einströmenden Mauersteinen verletzt worden. Er ist nunmehr seinen Verletzungen erlegen.

### Grüßau. Eine praktische Warnungstafel hat die Forst- verwaltung an der Schwarzen Brücke anbringen lassen. Die Tafel stellt einen brennenden Wald dar, darunter die Worte: „So steht ein Wald aus, wenn der Besucher in demselben raucht und ein Streichholz achlos wegwirft!“

### Kleinitz, Kreis Glogau. Ein Sägewerk — gestohlen.

In dem seit Jahren außer Betrieb befindlichen hiesigen Säge- werk erschien dieser Tage ein Mann und begann den Kessel abzumontieren sowie alle wertvollen Metallteile zu entfernen. Als ein Nachbar fragte, erklärte er, er sei mit der Abmontage beauftragt. Erst jetzt stellte es sich heraus, daß es sich um einen raffinierten Dieb handelte, der das ganze Werk abmontierte, das Diebesgut auf der Ober verlor und verschwand.



## Warnung an Goebbeles

### der in seinem „Angriff“ neuerdings zu Judenpogromen heht.

Wenn Du zu Pogromen heh't,  
Denk' daran, Du feiger Wicht:  
Einer, der das Messer weht,  
Kennt vielleicht Dein Antlitz nicht.

Wenn im Blutausch' Nob barbarisch  
Typen tierisch will erspäh'n,  
Wo nicht Haut- und Haarfarb' arisch  
Ist es schnell um Dich geh'ch'a.

### Berlesdorf, Kreis Lauban. Vom Schlachtfeld der K. K.

Dem 22jährigen Ruffar der Familie von Strachwitz schwenken auf der Hauptstraße plötzlich die Pferde. Er wurde herabgeschleudert, stürzte mit dem Kopf voran zwischen die Pferde und wurde 60 bis 70 Meter weit von den rasenden Tieren mitgeschleift und mit dem Kopf an einen Leinwandmast und Steine geschleudert, so daß er einen schweren Schädelbruch und andere Verletzungen erlitt. Der Unglückliche verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

### Landeshut. Wald in Flammen.

In der Nähe von Ober-Berlesdorf entstand ein Waldbrand, der rechtzeitig bemerkt wurde. Nach kurzen Löscharbeiten der Feuerwehrliegt man das Feuer für erloschen. Tags darauf stand aber plötzlich die ganze Berglehne in einem Umfange von 500 Meter Breite in Flammen.

### Landeshut. Was wird mit den Ausgefeuerten?

Der Kreisrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der katastrophalen Erwerbslosigkeit im Kreisgebiet und verfaßte einen an den preussischen Minister des Innern gerichteten Protest. Darin heißt es u. a.: „Der Kreisrat protestiert dagegen, daß dem Kreise die Versorgung der ausgefeuerten Erwerbslosen allein überlassen wird. Die Lasten sind sehr groß. Der Kreis hat über 700 ausgefeuerte Arbeitslose und dürfte sich die Zahl in nächster Zeit auf 1000 steigern. Es entstehen also 720 000 bis 900 000 Mark Kosten. Der durch jahrelange Arbeitslosigkeit erschöpfte Kreis Landeshut kann auch nicht einmal einen Bruchteil dieser Kosten aufbringen.“ Schließlich wird die Einwirkung des preussischen Innenministers auf den Reichsarbeitsminister gefordert dahin, daß schleunigst die Krisenfürsorge für Arbeitslose des Kreises Landeshut auf mindestens drei Jahre verlängert wird. Andernfalls sehe sich der Kreis gezwungen, in Kürze die Zahlung an ausgefeuerte Arbeitslose einzustellen.

### Siebau. Eingemeindung von Dittersbachstädt.

Nach monatelangen Beratungen und der Stellungnahme des Kreisaustrichs, daß die Eingemeindung von Dittersbachstädt, nach Siebau dringend notwendig sei, beschloß die Stadt- verordneten einstimmig, bei der Regierung die Zustimmung zur Eingemeindung einzuholen.

### Siebau. Schmerz Sturm Schaden.

Ein seit vielen Jahren noch nicht dagewesener Wirbelsturm suchte die Stadt heim und richtete außerordentlich großen Schaden an. Kinder und ältere Leute wurden auf der Straße ungeworfen und konnten sich nicht allein in Sicherheit bringen. Viele Dächer wurden zerstört und auf dem Schützenplatz sämtliche Verkaufsstände vernichtet und ein Karussell hochgehoben. Ein Freizeiter, ein Auto, zwei Landauer und eine Frau mit einem Kinderwagen wurden von den Straßen in die Gräben geschleudert, ganze Fenster eingedrückt und große Heulappen wie Ballons 60 bis 80 Meter davongetragen. Die meisten Gärten sind zerstört, um- gebrochene Bäume, Äste u. a. m. bilden einen urwaldähnlichen Wirrwarr. Ein Feuer in einem nahegelegenen Waldstück wurde von dem Sturm zu einem ungeheuren Flammenmeer angefaßt. Es konnte noch nicht gelöscht werden. Der Orkan dauerte 40 Minuten.

### Glab. Revision im Nordprozeß Neugebauer.

Der wegen Raubes mit Todesurteil der Frau Wolfsohn in Wölfsgrund zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte R. Neugebauer hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt.

### Kattowitz. Kommunistische Demonstrationen.

Am Sonntag vormittag demonstrierten in Sosnowice sechs- hundert Kommunisten gegen die Todesurteile im Lemberger Prozeß. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen, da die Kommunisten auf die Aufforderung, auseinanderzugehen, die Polizisten mit Steinen bewarfen. Ein Kommunist wurde erschossen, ein weiterer schwer verletzt. Außerdem veranfaßten die beiden kommunistischen Abgeordneten zum schlesischen Seim eine geschlossene Mitgliederversammlung, in deren Verlauf die im Verhaftungslager befindliche Polizei eine Legitimation aller Anwesenden verlangte. Hierbei wurden 25 Personen fest- genommen. An der Versammlung hatten auch kommunistische Abgeordnete aus Jarischau teilgenommen.

### Zauchtel, Tschechisch-Schlesien. Typhus ist in der benach- barten Gemeinde Mantendorf ausgebrochen. Bis jetzt wurden 31 Erkrankungen gemeldet.

## Vermischtes

### Rückkehr einer Tiefsee-Expedition

Im Kopenhagener Hafen traf, von einer großen Menschenmenge begrüßt, das dänische Tiefsee-Expeditionsschiff „Dana“ nach zweijähriger Erdumsegelung ein. Die Expedition stand unter Leitung des Tiefseeforschers Prof. Johannes Schmidt.

Der Forscher brachte u. a. prächtige Exemplare von hunderten bisher unbekanntem Fischarten mit. Hauptächlich hatte er sich mit Entdeckungen über das Leben des Aals beschäftigt. Die Expedition hat festgestellt, daß der Aal nicht nur, wie früher ermittelt, im Atlantischen Ozean bei den Bermudas-Inseln, sondern auch in den tropischen Gegenden bei Neu-Guinea, Sumatra und Madagaska. Man fand weiter, daß es im Indischen Ozean, der Heimat des Aals, sechslei Arten Aale gibt. Der Aal des Stillen und des Indischen Ozeans nimmt die gleichen Wanderungen vor wie der europäische.

Die Expedition war mit den modernsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet. Mit dem Echo-Lot wurden Tiefen bis zu etwa 9000 Metern gemessen. Die mitgebrachten Sammlungen und die erzielten Forschungsergebnisse werden im Kopenhagener Carlsberg-Laboratorium bearbeitet werden. Die Kosten der Expedition wurden vom Carlsberg-Fond bestritten.

## Zwischen Feuer- und Wasserlod

Am Sonntag nachmittag geriet auf der Havel, unweit Sackrow, der Bergaser eines Motorbootes in Brand und ver- urachte eine Explosion des Benzinhalters. Die beiden Insassen, ein Kaufmann Jahn aus Charlottenburg und dessen Schwager, erlitten schwere Verletzungen. Da Jahn Kleider zu brennen anfingen, sprang er in Verzweiflung ins Wasser. Er ertrank, weil er des Schwimmens unkundig war.

## Auto vom D-Tag erfaßt

Bei Dikrowa in der Wojewodschaft Polen ereignete sich eine furchtbare Katastrophe. Der D-Tag Polen-Warschau über- fuhr ein Auto. Der Fahrer des Wagens hatte zu spät bemerkt, daß die Schranken geschlossen wurden; er konnte nicht mehr zeitig bremsen, durchbrach die Schrankenbäume und stieß mit dem Wagen auf den Schienen liegen. Im selben Augenblick raste der D-Tag heran und zermalmte das Auto vollkommen. Chauffeur und Insassen wurden getötet.

## Erträge in Indien

Im Distrikt Dinajpur in Bengalen wurden neue Ertr- äge verfaßt. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Dabei wurden zwei Personen schwer verletzt. Eine alte Frau erlitt vor Schreck einen Herzschlag.

## Gehi Eure Anzeigen der Volkswacht



# Kreis-Feuerwehrverbandstagung in Rothfärben

Wenn landliche, bäuerliche Organisationen und Körperchaften ihre Arbeit leisten, so ist ihre Tagung abhalten, erstreckt man gewöhnlich immer derselben: schwarz-weiß-rot über schwarz-weiß-rot, große Kriegervereinsmützen, gelbsteigende patriotische Gefühle und vaterländische Begeisterung obler Reden. Der Verbandstag der Kreis-Feuerwehren aus dem Breslauer Landstrich, der am Sonntag in Rothfärben stattfand, hat eine erfreuliche Ausnahme von diesem gewohnten Bild gebracht. Es gab auch einmal durch das Dorf, aber man hat die Fahnen der Republik, wie es kürzlich noch bei der 600-Jahresfeier in Hünern der Fall war, nicht mißachtet und sich im übrigen stetig sachlicher Arbeit gewidmet.

Etwa 100 Feuerwehrleute aus verschiedenen Orten des Kreises fanden sich in den Vormittagsstunden in Rothfärben ein. Mit Mühe holte man sie vom Bahnhof, um sie zunächst im katholischen Gasthaus zu bewirten. Danach veranstaltete man unter Leitung des Kreisbranddirektors Thielow-Breslau am Steigerturm der örtlichen Feuerwehr einige Exerzier- und Kletterübungen, die ausgezeichnet ausgeführt wurden und daher auch ihre Anerkennung fanden. Vom gleichen guten Können zeugte eine Märschübung auf dem Hofe des Dominikums. Auch diese Übung zeigte, daß die Leistungen der Feuerwehren aus dem Landstrich den Anforderungen des Ernstfalles gewachsen sein dürften.

Der bedeutendste Abschnitt des Rothfärbener Verbandstages war die Verhandlung. Der Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbandes, Kiedel, eröffnete die Tagung mit einigen Worten zur Sache und begrüßte die zahlreichen Kameraden sowie die Gäste. Weitere waren allerdings nicht sehr zahlreich, da am selben Sonntag im Bereiche des Provinzialverbandes Niederösterreich insgesamt 12 solche Kreisfeuerwehrverbandstage abgehalten wurden. Wie sich bei der Feststellung der stimmberechtigten Abgeordneten ergab, waren Vertreter der einzelnen Wehren aus folgenden Orten gekommen: Brodau, Herrmannsdorf, Zschönbühl, Katteln, Klettendorf, Schottwitz, Malpik, Groß-Mochber, Katteln, Rothfärben, Schlauz, Schmolz, Groß-Schottgau, Tinz, Tschschütz, Tschirne, Wanger, Weidenhof, Wilschau, Witzwig und Zangarten.

Aus dem Verwaltungsbericht, den Kreisbranddirektor Thielow (mit metallgeschmückter linker Brusttasche!) gab, ist ersichtlich, daß die freiwilligen Wehren im Kreise einen weiteren Aufstieg verzeichnen können. Im Laufe des letzten Jahres sind neue Wehren in den Ortsteilen Schlauz und Tinz gegründet worden, so daß nun insgesamt 22 Wehren mit etwa 600 Mitgliedern vorhanden sind. Die technisch bestausgerüstete Wehr unter diesen besitzt die Gemeinde Brodau, die erst kürzlich einen vollständigen Motorbeschlag in Dienst stellen konnte. Trotzdem weise noch viel zu tun übrig, da zahlreiche Dörfer des Kreises von der Bewegung der freiwilligen Feuerwehren bisher überhaupt noch nicht erfaßt werden. Die Kassenverhältnisse sind gesund. Der Etat des Vorjahres balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1507,95 Mark. Ein Defizit besteht nicht, sondern die Kasse zeigt einen Uberschuß von 565,47 Mark.

Der Rest der Tagesordnung war dann schnell und reibungslos erledigt. Eine vom Vorstand ausgearbeitete Stiftungssatzung der Verbandssatzung wurde angenommen (die Satzung ist recht vernünftig da sie verhindert, daß die einzelnen örtlichen Wehren sich ihre Extrazulagen anmaßen). Einigen langjährigen Wehrmännern überreichte der Vorsitzende kleine Dienstauszeichnungen, die neuen Wehren aus Tschirne, Schlauz und Tinz wurden feierlich aufgenommen und begrüßt, als Tagungsart für 1931 bestimmte man Groß-Mochber, ferner gab man bekannt, daß im Oktober oder November d. J. ein Führer- und Brandmeisterkongress in Brodau stattfinden soll. Schließlich beschloß man noch einstimmig, den Verbandsbeitrag von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen. Die Herabsetzung ist nicht unerschickfertig, da andere Kreisverbände bis zu 1 Mark Beitrag erheben.

Nach der Tagung erfolgte ein Umzug durch das Dorf zum Kirchplatz und dann weiter zum Festplatz. Für Rothfärben, das 1200 Einwohner zählt, wies der Festplatz eine recht ansehnliche Länge auf. Die Ortsgruppe des Reichsbanners hatte allein über 100 Kameraden auf die Beine gebracht. Die Kriegervereine waren wohlweislich zu Hause geblieben, wahrscheinlich um nicht allzu stark in den Hintergrund gedrängt zu werden. Am Kirchplatz weihte man die neue Motorspritze der Gemeinde ein. Dabei ergriffen Lehrer Böder (Schriftführer der Rothfärbener Wehr), Kreisbranddirektor Thielow, Kreisverbandsvorsitzender Kiedel, sowie Gemeindevorsteher Genosse Gallez das Wort und dankten den Behörden, die der Gemeinde durch Ueberlassung von Beihilfen die Anschaffung der Spritze ermöglicht hatten.

Den übrigen Teil des Tages verbrachten die Wehrleute mit ihren Angehörigen in Geselligkeit: Nachmittags luftiges Treiben und Rummelparty im Volkspark, abends Tanz in allen Gaststätten des Dorfes.

## Ein netter Gemeindevorsteher

Wie Herr Rämmchen aus Bruch sich die Fürsorgepflicht der Gemeinden vorstellt

Aus Bruch im Kreise Neumarkt wird uns geschrieben:

Wenn man von einem „Rämmchen“ spricht, so meint man meist das Symbol der Geduld und Friedlichkeit. Anders als das Rämmchen ist der Rämmchen, nämlich unser Gemeindevorsteher Rämmchen. Mit den Eigenschaften eines Lammes hat er sehr wenig gemein.

Der Arbeiter G. P. bezog vor zirka zwei Monaten eine Wohnung im Hause des Herrn S. i. f. e. r. t. Da P. arbeitslos war, in der Zeit auch keine Arbeit bekam, zählt er nun, seit zirka zwei Wochen zum Heer der Ausgebeuerten. Um dem Arbeiter G. P. nicht den Pflichtbeitrag der Gemeinde aufkommen zu lassen, entschloß sich Herr Rämmchen zu einer Maßnahme, die wohl bisher einzig dasteht. Er behauptet, trotz der vorchriftsmäßigen Ab- und Ummeldung beim Wohnungswechsel der durch den Eintritt in die Ehe notwendig wurde könne er P. heute noch nicht als „Gemeindeglied“, ein Begriff, den es seit 1918 bekanntlich nicht mehr gibt — anerkennen. Er stellte dem Vormieter vor die Entscheidung, entweder dem Arbeiter P. zu kündigen, oder folgende, inhaltlich und orthographisch dem Original getreue Erklärung zu unterschreiben:

Ich verpflichte mich, meinen Einwohner G. P. solange er lebt zu unterhalten, weil ich es unterlassen habe, dem Gemeindevorsteher Mitteilung davon zu machen, das er arbeitslos war.

Der P. hat sich zwar hier angemeldet, aber die Gemeinde ist nicht verpflichtet, mittellose hier zu dulden, diese Anmeldeform allein genügt nicht, das P. Gemeindeglied werden kann.

Als der Vermieter das Original nach einer Unterredung wieder an sich nehmen wollte, ließ ihn der Gemeindevorsteher unter der Bedingung, daß er die Wohnung verlassen sollte, nicht weiter kommen. Er ließ hier die Wohnung verlassen, so daß er einen Mann im grauen Haar, an der Brust zu lassen und beinahe lässlich zu werden.

Somit unter dem Vorwand, das dort, was erwartet werden, daß der Vorsteher als Diensthilfsbehörde sich bei den Gefähr-

undigen und wohl auch sonst für sein Amt offensichtlich, zu sagen wie einmal ungeeigneten Gemeindevorsteher näher befaßt.

## Der nasse Tod

Am Schlangensee nahe Kottwitz strömte am Sonntag beim Baden der in einem Breslauer Zeitungsbetriebe beschäftigte Richard Kies, der mit seinen Angehörigen einen Ausflug an den See unternommen hatte. Kies wollte im Wasser einige Tauchproben zeigen und ist bei einem dieser Versuche nicht mehr an die Wasseroberfläche gekommen.

## Straßenverlegungen im Kreise Neumarkt

H.D.St. Breslau—Berlin im Dorfe Kauffe bis 12. Juli für allen Fahrverkehr gesperrt. Umleitung ab Wilschau über Malpik nach Kalk. Wehrlänge 3 Kilometer.

Zwischen Polenz und Peterwitz vom 30. Juni bis auf weiteres für alle Fahrzeuge gesperrt. Umleitung über Zopfen-dorf—Spillendorf. Wehrlänge 3,5 Kilometer.

Neumarkt—Seedorf zwischen Neumarkt und Bahnhof Neumarkt vom 7. Juli bis 14. Juli für jeden Verkehr gesperrt. Umleitung über die Pfaffenfurter Straße. Wehrlänge 400 Meter.

Dorfstraße in Marschwitz wegen Wegbruchgefahr bis auf weiteres gesperrt. Umleitung über den Weg zum Carolinhof einmal beim Gasthaus in Marschwitz. Wehrlänge 2 Kilometer.

Klettendorf. Aus der Gemeindevorstellung. In der letzten Sitzung wurde die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1929 einstimmig festgestellt. Die Jahresrechnung schließt mit einer Einnahme von 398 552,07 Mark und einer Ausgabe von 394 828,79 Mk. ab. Der Uberschuß von 3723,28 Mk. wurde in das neue Rechnungsjahr vorgetragen. Trotz der wirtschaftlichen Notlage und der dadurch bedingten höheren Aufwendungen, namentlich in der Wohlfahrtspflege, war es möglich, die Finanzen in Ordnung zu halten. — Ferner wurde beschlossen, das alte Gemeindehaus in der Kirchstraße neu einzudecken. Die Arbeiten sind dem Dachdeckermeister R. o. h. n. a. u. p. übertragen worden. — Um der Kinoverwaltung eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen, soll für das Gemeindebüro eine neue Maschine angeschafft werden, während die Kino-

## Arbeitende Jugend

Auf zum Zeltlager der Sozialistischen Arbeiterjugend!

In allen Orten rüstet die Arbeiterjugend unter der Parole: „Auf zum ersten Jugendzeltlager nach Briesen!“ Täglich kommen die Anmeldungen nach Breslau und alle berichten von der begeisterten Aufnahme, die diese Parole gefunden hat. Aus Oberschlesien kommen 25 Mädel und 25 Burschen, aus Breslau 10 Mädel und 50 Burschen. Waldenburg, Glatz, Srigau, Schweidnitz, Reichenbach u. a. Gruppen haben Teilnehmer gemeldet.

Wer wollte auch zu Hause bleiben, wenn es gilt, eine Zeltstadt aufzubauen, die die Jugend selbst verwaltet und für deren Gestaltung sie selbst zu sorgen hat. Die acht Tage werden bei allen in dauernder Erinnerung bleiben. Sind es doch Tage der Kraft und des Aufbauwillens, der von einer Jugend getragen wird, die mit viel Liebe und Begeisterung an ihren Idealen hängt. Wir rufen die Jugend!

Werbet-Kämpfer der ersten schlesischen Jugendrepublik! Meldet euch sofort zum Zeltlager an. Alle Anmeldungen gehen an das Bezirkssekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Gartenhaus, Zimmer 171.

Sozialistische Arbeiterjugend Mittelschlesiens  
J. A. M. Seibel.

verwaltung eine gebrauchte Schreibmaschine erhält. — Die diesjährige Verfassungsfeier soll zu einem Volksfest gestaltet werden. Es findet am 10. August ein Fackelzug statt. Am 11. August wird die Feier mit sportlichen Veranstaltungen eingeleitet. Der eigentliche Festakt findet in der Turnhalle statt. Die erforderlichen Mittel hierzu wurden bewilligt. — Als Schiedsmann wurde der Lehrer Schönbrunn wiedergewählt. — Dem Geluche Herfort um läufige Ueberlassung der alten Wasserstation vom Feuerwehr-Mannschaftswagen wurde entsprochen. — Der Gemeindevorsteher gab dann Kenntnis von der Verlegung der Wasserleitung. Es sei jedem Hauswirt dringend anzuraten, sofort den Anschluß anzumelden. Ferner wurde Kenntnis gegeben von der Kassenprüfung vom 1. Juli d. Js. Demnach sind im Jahre 1930 bis jetzt 95 775,87 RM. Einnahmen und 95 263,16 RM. Ausgaben zu verzeichnen. Mithin ein Bestand von 512,71 RM. — Eine Verfügung des Regierungspräsidenten über Pflichtarbeit der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wurde bekanntgegeben. Nach einigen weiteren Mitteilungen fand die Verammlung ihr Ende.

## Büdo Schuhputz

in Doorn, Häsern und Tuden

Opperau. Aus der Partei. Eingangs unserer gut besuchten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß der frühere Genosse Karl Frenzel endgültig aus der Partei ausgeschlossen ist. Sein Verhalten als Gemeindevorsteher war nach seiner Wiederwahl im Dezember 1929 oftmals parteischädigend und in letzter Zeit geradezu arbeitserstörend. Sodann hielt Genosse Ludwig seinen Vortrag über „Die jetzige Bürgerblockregierung und die steigende Not“. Der Vortag zeigte, daß seine Wohnung „Tritt gefaßt“ zu aktiver Mitarbeit in Opperau nicht unlosch verhalten wird. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, am 20. Juli ein Kinderfest zu veranstalten und die Vorarbeiten dem Vorstande zu übertragen. — Der ausgetretene Erwerbslose Genosse Ulrich brachte Beschwerden über die Mißstände bei den Notstandsarbeiten der Wohlfahrtsempfänger vor. Gemäß dem Wunsche vieler Anwesenden werden unsere Genossen in der Gemeindevorstellung eine bringende Sitzung verlangen, die sich nun mit den Pflichtarbeiten der Wohlfahrtsempfänger beschäftigen wird. Unsere Genossen werden alles veranlassen, was im Interesse der notleidenden Erwerbslosen erforderlich ist. — Zur Fahrt nach dem Jobben wird sämtlichen Schulkindern die Hälfte des Fahrgeldes aus der örtlichen Partikasse vergütet. — Gegen Schluß kam eine tolle Sache zur Sprache. Genosse B. beschwerte sich über die Behandlung im Gemeindevorstand. B., der trotz ordentlicher Mühe keine Arbeit findet, ist aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen und meldete sich im Gemeindebüro für den Empfang der Wohlfahrtsunterstützung. Dabei erlaubte sich der jetzige Gemeindevorsteher Schönbrenn folgende Frechheit zu dem Arbeitlosen zu sagen: „Schämen Sie sich nicht, Ihre Frau, arbeiten zu lassen und Sie laulenz zu sein. Der ausgeschlossene Gemeindevorsteher A. Frenzel, hat selber seinen Mund gar nicht weit genug aufreihen können, um es nicht zu nötig, seinen Erwerb auf die Einschaltung höherer Umgestaltungsmaßnahmen zu machen. Abgesehen ist dieser Gemeindevorsteher weder vom gelanten Gemeindevorstand noch von der Gemeindevorstellung befristet oder nur anerkannt. — Die Kommunisten, die mit etwa 100 Mann aus Breslau angetreten kamen, veranstalteten vor unserer Versammlung in lobenswürdigster Weise ein kleines Musikant, das dann aber wegen des Regens abgebrochen werden mußte.

Kottwitz. Aus der Gemeinde. Am Freitag eine Gemeindevorstellung statt. Die Tagesordnung in Bericht über die Kassenführung der Kassenprüfung des Jahres. Beschlußfassung über Aufnahme eines Darlehens, und Verchiedenes. Der Antrag des Gemeindevorstehers A. der Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag zu setzen, nahm. Aus dem Bericht der Kassenprüfung war zu entnehmen, daß die Kassenführung korrekt durchgeführt wurde und zu keiner Beanstandung Anlaß vorliegt. Gemeindevorsteher Hoffmann beantragt daraufhin die Entlastung der Kassen, die einstimmig erteilt wird. Danach meinte Hoffmann, es sich vorbehaltlich, einen Fiskus der Jahresrechnung Richtigkeit hin, an Hand von eigenen Unterlagen, nach nachzuprüfen. Er wird beauftragt, in der nächsten Sitzung entsprechenden Unterlagen vorzuweisen, um Zustimmung zu erhalten. — Die Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse für den Bau des Siedlungshauses in Höhe von 1000 Mark, wird einstimmig beschlossen. Der Dringlichkeitsantrag: „Das Kreiswiesensbauamt zu beauftragen, ein über in der nächsten Zeit auszuführende Notstands (Kanalisation) auszuführen“, soll eine rege Ausprägung. Einige Vertreter der bürgerlichen Liste sprechen sich gegen geplanten Notstandsarbeiten, besonders gegen eine Kanalisation, aus, da die Gemeinde nicht in der Lage sei, diese Arbeiten durchzuführen zu lassen. Herr Wittig meinte, daß es bis jetzt ohne Kanalanlagen gegangen sei, daß es auch in Zukunft weitergehen kann. Auf der anderen Seite können dieselben Herren die hohen Sozialausgaben nicht sehen, die nur durch die große Arbeitslosigkeit entstehen. Gemeindevorsteher dagegen forderte, daß an Ausführung Notstandsarbeiten unbedingt herangezogen werden müßten, um dadurch verhindert werden, die Zahl der Arbeitslosen zu erhöhen. Mit Recht betonte Genosse Kluge, daß die Ausführungsempfänger Arbeit und nicht Unterstützung haben. Wie sehr sich der kommunistische Gemeindevorsteher Hoffmann dieses schwierige Problem interessierte, geht daraus hervor, daß er die Ausarbeitung eines Projektes erübrigte, schließend ist die Ausarbeitung nur dazu da, damit die auf dem Wiesensbauamt nicht arbeitslos werden. Die Einigung nicht stattfindet, wird beschlossen, den Dringlichkeitsantrag nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Anschließend gibt der Gemeindevorsteher eine Verlesung des Regierungspräsidenten bekannt, wonach die Gemeindevorstellung werden, für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sogenannte Pflichtarbeit einzuführen. Hoffmann wendet gegen und verlangt, daß gegen diese Verfügung protestiert. Es entspann sich wiederum eine lebhafteste Debatte. Daß an Angelegenheit nicht mit einer Resolution abgetan werden könne, bewies ihm der Gemeindevorsteher und verwies auf die Lage. Nachdem Hoffmann noch einmal an das Sozialistische Sozialdemokraten appellierte, verließ er die Sitzung. Seine welenheit hatte viel zur Erleichterung beigetragen, aber arbeitslosen werden kaum satt davon werden. Für die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ergibt sich die Aufgabe aller Hemmnisse, Arbeit zu schaffen, denn Arbeitsbeschaffung auch in Kottwitz das Gebot der Stunde. — Nach Bekanntwerden der Beschlüsse, wurde der Punkt Anträge unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt.

Schottwitz. Schiffsbrand. Im Bahndamm zwischen Hundsfeld und Schottwitz geriet durch Funkenauswurf Lokomotive das dort befindliche Schiff in Brand. Ein Arbeiter in Gefahr, ebenfalls in Brand zu geraten. Der Bahn und einige vorübergehende Passanten unternahmen die Löscharbeiten, bis später Hundsfelder, Schottwitzer und Breslauer Feuerwehren zu Hilfe kamen, die aber infolge Wassermangels schließlich darauf beschränken mußten, daß der Brand weiter um sich griff.

**Sozialdemokratische Partei**  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170  
Telefon 59060, 59061  
Gründet von 4-17 und 18-19 Uhr

Saccrau, Dienstag, den 8. Juli, 20 Uhr: Frauengemeinschaft bei Mairwald. Redner: Genosse Dr. Korn.  
Kottwitz, Mittwoch, den 9. Juli, 20 Uhr, bei Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fu

**BUNDESFEST 1930**  
25. bis 27. Juli  
**DRESDEN**  
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund  
**SOLIDARITÄT**



Aufzug!  
Werte Bundesgenossinnen und Bundesgenossen!  
Auf Anregung des Bundesvorstandes beschloß der im Jahre 1928 in Damlitz abgehaltene Bundestag ein  
**Bundestfest**  
abzuhalten. Der Zeitpunkt hierfür wurde auf den 25., 26. und 27. Juli d. J. festgelegt. Als Festort wurde Dresden beauftragt. Dieses Bundestfest darf nicht verfallen werden mit der Begründung der Bundesmeisterkassen in Leipzig, Hannover und Berlin.  
Sondern für das Bundestfest in Dresden ist das Ziel: wollen Zeugnis ablegen von der Größe unseres Bundes und hohe technische Entwicklung unserer geliebten Sportarten zeigen. Die besten Radfahrer, Handballspieler und Fußballer, Stahlfahrer und Segelregatta müssen antreten.  
Das Wichtigste aber ist: Die Jugend unseres Bundes in Massen auf den Plan.  
In allen Ortsgruppenversammlungen müssen die Beschlüsse des Bundesvorstandes und der Festausschüsse durchgenommen werden.  
50 000 auswärtige Bundesgenossen müssen nach Dresden kommen! Werbit in der Ortsgruppe für das Fest! Alle und alle Kraft von heute an nur für das Bundestfest in Dresden! Sendet sofort ausschließlich der vorläufigen Fragebogen, der wird dringend zur Erledigung der Vorarbeiten für das Bundestfest gebraucht.  
Mit Bundesguth  
Die Hausleitung des Gau



## Der Unwettersturm

Während in Schlesien die anhaltende Trockenheit nur von zögernden Gewitterschauern unterbrochen wird, wüteten in Süddeutschland und der Schweiz folgenschwere Unwetter. So wurden am Sonntag in Dresden, außer beträchtlichem Schaden, eine große Anzahl von Personen verletzt und eine getötet. Einzelne Häuser wurden vom Sturm abgedeckt, am Hochhaus am Albrechtplatz, am Straßenbahnhof Mitten im Finanzamt in der Wassertorstraße. Auch in der Museums- und in der Schlossstraße ist teilweise erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Besonders schlimm hat das Unwetter auf der am Sonnabendmittag eröffneten Dresdener Vogelwiese gehaust. Hier wurde eine große Anzahl Büden eingestürzt, Fahnenmasten wurden umgeworfen und Festbahnen teilweise große Strecken weit entleert. In Rosthal bei Dresden wurde ein Mann durch einen fallenden Feldstein getötet.

In Oberheintal, südöstlichem Schwarzwald und Bodensee-Regionen stürzte Wolkenbrüche mit Hagelschlag nieder. Sie richteten in Feld und Flur sowie in den Dörfern umfangreichen Schaden an. Der Telefonverkehr erlitt erhebliche Unterbrechungen. In der Donau-Region stiegen die Bäche stark an und leiteten in dem Ort Klingen den größten Teil der Häuser unter Wasser. In der Gegend von Egen, besonders in Egen, wurden viele Bäume entwurzelt, darunter auch alte Libanonzedern. Verschiedentlich wurden die Häuser abgedeckt. Der Schaden, besonders auch an Gebäuden, ist sehr groß. Das Unwetter war das schwerste, das in diesem Jahr über Oberbaden und das Bodenseegebiet hinweggegangen ist.

Ein schweres Hagelwetter, das am Sonnabend nachmittags im Oberrhein bei Frier heimlich, hat große Vermüstungen angerichtet. Auf der staatlichen Domäne Neelsberg und in dem Ort Casel wird mit einer völligen Vernichtung der Ernte gerechnet; in den Nachbargebieten sollen etwa 25 bis 30 Prozent der Ernte vernichtet sein. In Casel wurden vom Hagel zahlreiche Dächer beschädigt und Fenster Scheiben zertrümmert. In Tal schließenden Wasserläufe rissen in den Weinbergen viel Geröll mit, das in den Tälern der Boden davon bedeckt. In den Weinbergen sieht man Furchen von einem halben Meter Tiefe und zahlreiche Reben wurden mit den Pfählen aus dem Boden gepflückt.

In der Schweiz nahm das sonntägliche Unwetter katastrophale Ausmaße an. Die Straße von Freuden nach Adelboden wurde auf Strecken von 100 Metern weggerissen. Der Automobilverkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Den größten Schaden richtete das Unwetter in der Gegend (Simmental) an. Die Hagelkörner führten große Geröllmassen mit sich, durch die das Land teilweise in Mitleidenschaft gezogen wurde. Militärtruppen sind zur Hilfeleistung aufgerufen worden. Im Gebiet zwischen Nausanne und Montreux richtete die Sturzfluten und Regen viel Erdbreich mit sich und verursachte dadurch großen Schaden. Die Eisenbahnlinie nach Montreux und die am See wurde mit Geröll überpflückt, so daß eine Zeit lang der Verkehr unterbrochen war. Auch auf der Eisenbahnlinie nach Bern kam es zu Störungen. Im Berner Oberland wurde die Staatsstraße auf dem rechten Ufer des Briener Sees gesperrt, so daß der Verkehr unterbrochen ist. Der Sturm nahm dem Kanton Gené die Form eines Zyklons an, entwurzelt er, unterbrach die Telegraphen-, Telefonleitungen und trug bedeutend die Dächer hinweg. Große Hagelschläge richteten in Weinbergen und sonstigen Kulturen Verheerungen an. Fast überall kam es zu Heberschwümmungen.

## Der Meusdörffer-Prozess beginnt

Am Vormittag begann vor dem Schwurgericht Bayreuth der Prozess gegen die beiden Arbeiter Friedrich Schuberth und Popp aus Kulmbach, denen zur Last gelegt wird, in der Nacht vom 4. November 1929 in die Villa Meusdörffer in Kulmbach eingedrungen zu sein mit der Absicht, dort Gegenstände zu stehlen und den Kommerzienrat Meusdörffer zu entführen. Bei dem Einbruch sollen die beiden Angeklagten die Frau Kommerzienrat Meusdörffer bei dem Versuch, sie zu knebeln und zu erdrosseln, gewürgt haben. Frau Meusdörffer ist bald darauf an den Folgen der Mißhandlung gestorben. Schuberth gab bei seinem Verhör an, daß er in der fraglichen Nacht zusammen mit Popp in der Villa Meusdörffer eingedrungen war, um dem Kommerzienrat aufzulauern. Sie hätten sich zunächst in einer Wächterstube versteckt, um abzuwarten, bis im Hause alles schlief. In diesem Versteck hätten sie sich Gesichtsmasken angefertigt und auch Schnüre und Anebel zu sich genommen. Popp gibt im übrigen alles zu, was er in der Vorunter-

## Faschismus in Simland



Finnische Lappo-Männer überfallen einen Kommunisten und entkleiden ihn auf offener Straße; eine der „originellen“ Kampfmethoden, deren sich auch der italienische Faschismus rühmt. Oben rechts R. A. J. A. J., der Führer der Lappo-Bewegung.

suchung gestanden hat, bestritt jedoch, daß er und Popp die Absicht gehabt hätten, Frau Meusdörffer zu töten oder auch nur zu martern.

Die Schilderung Popp's stimmt nicht mit den Angaben Schuberth's überein. Als die Frau geschrien hatte, habe er getan, was Schuberth ihm vorher angeraten hat. Er weiß nur von einem Anebelungsversuch, während Frau Schuberth von zwei Versuchen berichtet. Geachtet habe man die Frau, um dadurch etwaige verräterische Abwehrwunden zu vermeiden. Als Frau Meusdörffer bei der Fesselung schreien wollte, habe Schuberth sie

## Bootsunfall im Hamburger Hafen

Der Fährdampfer „Bogenhafen“ streifte im Hamburger Hafen ein mit fünf Mann besetztes Ruderboot des Dampfers „Karl Legten“. Von den Bootsinassen, die ins Wasser sprangen, konnten drei gerettet werden, während zwei Mann, der Matrose Boiz und der Schiffskoch Oskar Weiße ertranken.

## Gescheiterter Ozeanflug

Der englische Flugzeuggeschwaderführer Wynne Egan, der beabsichtigte, mit einem leichten De Havilland-Flugzeug allein über den Ozean nach England zu fliegen, ist unmittelbar nach dem Start, zu dem geplanten Flug verunglückt. Der Apparat ging plötzlich in Flammen auf und stürzte ab. Der Flieger wurde verwundet. Seine Maschine ist so schwer beschädigt, daß ein neuer Start in Frage gestellt ist.

## Ganz wie bei uns —

Hier „Separatisten“, in Amerika die Neger.

In der Stadt im Staate Alabama, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Weißen und Negern, bei denen zwei Weiße und vier Neger getötet wurden. Zwei der Neger wurden in ihrem Hause verbrannt, ein anderer wurdelyncht und aufgehängt. Der Gouverneur von Alabama erbat ein starkes Aufgebot der Staatspolizei nach Emelle, da nach den ersten Ausschreitungen hundert Weiße eine Negersfamilie belagerten.

## Wenn der Alkohol verboten ist

Gute Erfahrungen in Polen

Die vielfältigen Tendenzmeldungen gegen das amerikanische Alkoholverbot und dessen „demoralisierende“ Wirkung sind sehr umstritten. Ein wertvoller Beitrag zu dieser Frage sind die Erfahrungen, die man in Polen, wo auf Grund eines Gemeindebestimmungsrechts der Alkoholkonsum ortsweise verboten oder eingeschränkt werden kann, gemacht hat. In der Stadt Pruszków besteht, wie auch in einigen galizischen Ortschaften, seit einiger Zeit auf Grund einer Volksabstimmung das vollständige Alkoholverbot.

Aus den Erkundigungen einer speziell eingesetzten Ministerialkommission über die Beobachtungen seit der Trodenlegung der Stadt geht hervor, daß die Zahl der Alkoholikler bedeutend zurückgegangen ist. Dem zufolge sind auch die Ausgaben der Stadt für diesbezügliche Heilzwecke erheblich gefallen. Nach den Feststellungen der Polizei ist die Zahl der Vergehen gegen die öffentliche Ordnung seit dem Alkoholverbot um 60 Prozent gesunken, desgleichen die Zahl der Strafen, die in der Zahl der Verurteilungen und ähnlicher Delikte. Die Kinder zahlreicher Familien, denen man früher auf dem Schulweg Fuhel eintrichterte, wodurch ihre Aufmerksamkeit und ihr Verneinern zurückging, kommen in einer besseren Verfassung als bisher zur Schule; laubere, pünktlicher, besser angezogen usw. Strafen, die früher im Zusammenhang hiermit ausgesprochen wurden, sind bedeutend gesunken. Seit dem Alkoholverbot wird auch eine größere Sparsamkeit der Bevölkerung festgestellt.

## Mein Reich ist nicht von dieser Welt



Im kleinen Heimort S. S. S. hat sich der Reichsminister ein Denkmal setzen lassen.

## Nach zwanzig Jahren



hat der irische Schriftsteller James Joyce, der als einer der größten Dichter der Gegenwart gilt, das Augenlicht wiedererlangt. Sein 20jähriges Augenleiden, das schließlich zur völligen Erblindung geführt hatte, konnte durch zahlreiche Operationen nicht behoben werden. Als er vor wenigen Tagen einer Aufführung in der Pariser Oper beiwohnte, kehrte ihm plötzlich das Sehvermögen zurück.

mit Erstickens bedroht. Sein Geständnis habe er am 6. Februar widerrufen, weil er gehört habe, daß Schuberth widerrufen habe. Seine Erklärung dem Generalkonsulatsanwalt gegenüber, daß er nicht in der Villa war, habe er gegeben, um endlich einmal Ruhe zu haben.

Brauereidirektor Meusdörffer gibt an, daß 8000 Mark zur Verurteilung gestellt wurden, nachdem Oberkommissar Schiffer ihm das Verlangen des Schuberth's, ein Geständnis zu machen, mitgeteilt hatte. Auf Befragen des Verteidigers des Schuberth erklärte der Zeuge, daß Frau Kommerzienrat Meusdörffer sehr herzleidend war.

Kommerzienrat Meusdörffer sagte aus, er hätte etwa 15 bis 20 Minuten im Wohnzimmer gesessen und im ersten Stock Geräusche gehört. Beim Hinaufgehen habe er Klagerufe seiner Frau gehört und die Worte „Heinrich, hilf mir!“ gehört. Auch als er im Zimmer Licht gemacht hatte, rief seine Frau mehrmals „Heinrich, hilf mir, ich bin getnebelt!“ Er erklärte weiter, den Bezirksarzt und die Polizei habe er erst in der Frühe verständigt, weil es ihm nach dem Tode seiner Frau so war, als „ob man ihn vor den Kopf geschlagen habe.“ Er habe an nichts mehr gedacht. Auf Befragen des Staatsanwalts verneinte der Zeuge, daß er sich an seiner Frau in dieser Nacht vergriffen habe. Daraufhin wurde der Zeuge vereidigt.

## Kürten wird auf seinen Geisteszustand untersucht

Wie die Düsseldorf'sche Justizpressestelle mitteilt, soll die Vernehmung des Düsseldorf'schen Massenmörders sich schwieriger gestalten, als die Polizei zunächst angenommen hat. Bei den Verhören, über die einzelnen Taten, über die Kürten ein Geständnis abgelegt hatte, eine nähere Aufklärung zu erlangen, verweigerte sich Kürten in verärgelter Weise, daß er weder die Polizei noch den Vernehmungsrichter ausnannte. Kürten weigert sich, seine Geständnisse, einen Teil davon hat er bereits widerrufen. Daher soll er jetzt zunächst einer Beobachtung seines Geisteszustandes unterworfen werden. Die Untersuchung wird längere Zeit in Anspruch nehmen, wodurch das gegen Kürten eingeleitete Verfahren naturgemäß ins Stocken geraten muß.

Die Sachlage ist zurzeit derart verworren, daß mit einer Eröffnung des Hauptverfahrens für die nächsten Monate nicht gerechnet werden kann, da noch nicht einmal die Voruntersuchung abgeschlossen werden konnte.

## Gewittersturm in Dresden



Der Nacht zum 6. Juli wurden auf dem linken Ufer des Elben die Dresdener Vogelwiese durch den Einsturz von 18 Personen schwer, 40 leicht verletzt.



## Skandalöse Lehrlingszüchtereier im Baugewerbe

In der gegenwärtigen Zeit erhebt es sich, die Öffentlichkeit auf die Lehrlingszüchtereier aufmerksam zu machen. Von 14 Baugewerkschaften, die dem Deutschen Bauergewerksverband, Zentralverband Schloßen angehören, haben uns 37 berichtet. Aus diesen berichtenden Baugewerkschaften haben wir uns von jeder Baugewerkschaft 4 Unternehmer herausgegriffen, die wir hiermit zur Veröffentlichung bringen.

In den berichtenden Baugewerkschaften werden 886 Lehrlinge beschäftigt, denen 147 Gesellen gegenüberstehen. Bei einer derartigen hohen Zahl von Lehrlingen kann von einer Lehrlingsausbildung nicht gesprochen werden. Die Angelegenheit ist aber noch viel schlimmer als sie im ersten Moment erscheint.

Ein Teil Lehrlinge sind erwerbslos, zum anderen werden Bauten ausgeführt, die nur mit Lehrlingen besetzt sind. Das bei einer derartigen Arbeit eine fachmännische Ausbildung nicht gewährleistet ist, wird selbst von den maßgebenden Instanzen anerkannt. Es kommt dem Unternehmer nur darauf an, recht billige Arbeitskräfte und darüber hinaus billige Bauhilfsarbeiter zu bekommen, denn sehr oft müssen die Lehrlinge den Bauhilfsarbeiter ersetzen.

Den Eltern aber, die sich mit dem Gedanken tragen, ihre Kinder das Bauhandwerk erlernen zu lassen, geben wir einige Zahlen, wie es jetzt im Monat Juli im Baugewerbe aussieht.

Der Bezirk Schlesien des Deutschen Bauergewerksverbandes hat mehr als 50 Prozent aller seiner Mitglieder erwerbslos. Im letzten Winter hatten 8888 Mitglieder 28 Wochen Arbeit nicht aufzuweisen, so daß sie der „Wohlfahrtsunterstützung“ anheim fielen, d. h. soweit sie solche bekamen. Die einzelnen Baugewerkschaften haben aber heute noch eine Erwerbslosigkeit bis zu 88 Prozent ihrer Kollegenschaft.

Da im Baugewerbe, ganz besonders im Hochbau, die Kollegenschaft zu fast 100 Prozent organisiert ist, sind alle Arbeiter erfasst. Die Baugewerkschaften sowie die Bezirksleitung Schloßen haben an die zuständigen Behörden durch Resolutionen und Verhandlungen ersucht, Mittel für das Baugewerbe flüssig zu machen, bis jetzt leider mit sehr wenig Erfolg. Die Bauarbeiter sehen ihre ganze Hoffnung auf die Versprechungen des Reichsarbeitsministers, welcher als früherer Gewerkschaftssekretär ja wissen muß, wie den arbeitslosen Kollegen zu Mutte ist.

Aus den anliegenden Zahlen über die Lehrlinge möge aber auch die Öffentlichkeit und die Handwerkskammer ersähen, daß es nötig ist, die Zahl der Lehrlinge in ein verträgliches Verhältnis zu den beschäftigten Gesellen zu bringen.

Ort	Zahl d. Lehrlinge im Juli				Name des Unternehmers	Zahl der Gesellen
	1.	2.	3.	4.		
Breslau	3	4	5	3	15 Max Jache	3
	1	2	2	1	6 Berger, Bilschitz	3
	3	2	4	1	13 Mathis	3
	1	3	3	3	10 Furchner	3
Brieg	2	8	10	4	24 Winken	14
	3	7	1	3	14 Richter	5
	1	2	4	—	15 Kofft	4
	1	3	3	—	7 Keilmann	4
Dt. Raffelwitz	1	2	3	—	7 Kroll & Kuger	4
	4	3	3	—	10 Wenzel	3
	5	1	3	—	9 Schladdert & Eifart	5
	—	1	—	4	5 Schiller	4
Frankenstein	—	4	4	—	8 Wenzel	3
	11	12	2	6	31 Göbel	18
	6	4	2	9	21 Ernst	11
	5	3	6	4	18 Krumbach	4
Görlitz	4	7	9	12	32 Gunert	38
	3	8	11	6	28 Rämpfer	32
	2	5	7	4	18 Dubel	24
	3	3	4	4	14 Gerscham	3
Greiffenberg	3	5	5	—	13 Figner	11
	2	5	5	—	12 Bütche	11
	2	3	2	—	7 Renke	6
	2	4	3	2	11 Range	4
Hirschberg	1	3	4	2	10 Brüdner	1
	2	4	5	4	15 Engelhardt	8
	3	13	4	—	20 Lenz	—
	3	—	8	—	11 Stalek	—
Kreuzburg	—	3	7	—	9 Römer	—
	2	3	5	2	12 Gerlach	2
	1	2	—	—	3 Scholz	2
	4	3	5	5	17 Abend	—
Liegnitz	4	5	6	3	18 Heibert & Günther	35
	2	2	3	3	10 Wolf	20
	2	2	3	2	9 Gofibruch	23
	3	3	11	7	24 Scholz	7
Mittisch	4	4	6	2	16 Döhlisch	9
	3	3	3	—	9 Neumann	4
	—	2	1	—	8 Müdich	—
	1	5	5	4	15 Reifart	—
Mustau	2	14	5	—	21 Trohmann	—
	3	6	7	—	18 Rentwig	15
	2	5	6	—	13 Klingel	7
	—	5	7	—	12 Schmidt	3
Nerude	2	8	3	4	12 Brauler	5
	8	4	9	10	31 Kurach	22
	4	5	7	6	22 Schippe	7
	2	4	5	8	19 Abel	—
Ostau	3	5	4	—	10 Koch	8
	—	—	—	—	12 Gehler	15
	—	—	—	—	12 Mülle	4
	—	—	—	—	10 Klatt	12
Ostrositz	—	3	1	6	11 Paul	10
	—	8	2	4	11 Werber	18
	—	2	2	3	16 Rüdiger	4
	—	1	2	2	6 Thiede	8
Reichenbach	—	1	2	2	5 Anders	3
	—	4	4	8	18 Döhl	11
	—	2	5	1	11 Wild & Scholz	20
	—	3	2	8	14 Krebs	30
Schweidnitz	—	4	5	4	18 Wenzel	9
	—	5	6	5	21 Beer	—
	—	8	4	5	16 Wagners	18
	—	2	4	3	14 Ganta	11
Spilltau	—	2	4	3	14 Lindner	19
	—	11	10	8	24 Raumann	18
	—	3	2	2	9 Kunth	8
	—	1	1	—	1 Wels	5
Stahna	—	—	—	—	1 Raumann	9
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
Trachenberg	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
Waldenburg	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—
	—	—	—	—	11	—

## Die Altersrente der belgischen Bergarbeiter

Brüssel, 4. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Kampf der belgischen Bergarbeiter um erhöhte Altersrente wurde am Freitag in der Kammer mit beachtlichem Erfolg zum Abschluss gebracht. Es gelang den Bergarbeitervertretern und der sozialistischen Fraktion der Regierung, und ihrer Mehrheit einige wichtige Zugeständnisse abzurufen. Die Altersrente der Bergarbeiter wird von 4800 Francs auf 6000 erhöht. Mit den Familienzulagen und der Deputatzulage dürfte sich die Rente auf etwa 8000 Francs im Jahre erhöhen. Angesichts dieser Zugeständnisse ist zu erwarten,

## Zünfter Kongreß der Gewerkschaftsinternationale

Berlin, 7. Juli.

Der fünfte ordentliche Kongreß der Gewerkschaftsinternationale, der bis Freitag hier tagen soll, wurde heute vormittag im Konzerthaus feierlich eröffnet. Unter den vielen ausländischen Delegierten befinden sich auch Peter Grafmann und Gertrud Hanna aus Deutschland. Als eingeladene Gäste nehmen u. a. Albert Thomas, A. Stanni und Friedrich Adler teil. Da der Vorsitzende der Internationale, Etienne Jouhaux, erkrankt, der in seiner Rede der verstorbenen Gewerkschaftsführer, u. a. auch Karl Dillre, Deutschland gedacht. Ein Rückblick zeigte, so sagte der Redner weiter, wie spontan sich der Wille des Proletariats zum Zusammenhalt geltend mache. Vertreter der Internationale hätten an der Arbeitslosigkeit und an der praktischen Friedensarbeit maßgebend teilgenommen. Der Stockholmer Kongreß müsse die jetzige Lage prüfen und die vielen Fragen, die ihrer Lösung harren, in Angriff nehmen.

Ramens des schwedischen Gewerkschaftsbundes hieß dessen Vorsitzender, Edwards Johansson, die Teilnehmer willkommen. Nach einem Konzert begann der Kongreß die praktischen Arbeiten. Sassenbach erstattete die Revisions- und Geschäftsberichte, im Anschluß daran wurden mehrere Vorträge gehalten.

## Wieviel Lohnsteuer zahlt Breslau?

Die Ergebnisse der letzten Lohnsteuerstatistik von 1928 liegen jetzt vor. Ausgewiesen ist das Nettoarbeitsverdienst. Die Zahlen der Lohnsteuerpflichtigen sind im Reich seit 1926 gestiegen von 23,246 Millionen auf 23,888 Millionen. Bei den Großstädten zeigt sich eine stärkere Zunahme der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen als im Reich (8,8 Proz. gegen 2,75 Proz.). Der Anteil der Steuerbefreiten an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen hat sich im Reich erhöht von 53,74 Prozent auf 56,48 Prozent. Der Anteil der Steuerbefreiten ist gestiegen von 1,56 Prozent auf 1,74 Prozent, der Anteil der Unbesteuerten gefallen von 44,7 Prozent auf 41,78 Prozent. Ebenso wie im Reich haben sich auch im Durchschnitt aller Großstädte, jedoch weniger stark, die Anteile der Steuerbefreiten von 62,82 Prozent auf 64,67 Prozent und der Steuerbefreiten von 0,82 Prozent auf 0,88 Prozent erhöht, der Anteil der Unbesteuerten dagegen von 36,86 Prozent auf 34,45 Prozent gesunken. Für die Großstädte ergibt sich dabei jedoch kein übereinstimmendes Bild. Die Steigerung des Anteils der Steuerbefreiten ist besonders groß in einigen Hauptstädten der Textilindustrie, in Hindenburg O.S. ist der Anteil der Steuerbefreiten besonders hoch. Von der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen im Reich waren 31,44 Prozent weiblichen Geschlechts. Bei einigen Großstädten ist der Frauenanteil zurückgegangen. Bei den Unbesteuerten zeigt fast die Hälfte aller Großstädte eine Abnahme des Frauenanteils. Das Gesamteinkommen aller Lohnsteuerpflichtigen im Reich ist von 26,618 Milliarden (1926) um 5,535 Milliarden (26,84 Proz.) auf 26,153 Milliarden gestiegen. In den Großstädten war die Steigerung weniger stark. Das Durchschnitts-

## Fort mit der Ausnahmesteuer!

Eine Versammlung des Ortsausschusses Krefeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, an der die Betriebs- und Arbeiterräte und die Vertrauensleute und Vorstände der freien Gewerkschaften teilnahmen, sahte nach einem Vortrage des Verbandssekretärs Schils (Lochum) einstimmig folgende Entschließung:

Die Funktionäre des ADGB sowie die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte und Vertrauensleute des Krefelder Wirtschaftsgebietes erheben den stärksten Einspruch gegen die von der Regierung Brünning vorgeschlagenen und vom Reichstag beschlossenen Zoll- und Steuererhöhungen. Durch diese ungeheuerliche Gesetzgebung werden die großen Verbrauchergruppen mit mindestens 1 1/2 Milliarden Mark mehr belastet als bisher. Die ganzen zu zahlenden Kriegslasten werden so auf die breiten Volksmassen abgewälzt.

Darüber hinaus hat der Reichstag auf Antrag der Wirtschaftspartei eine Sonderumsatzsteuer beschlossen und durchgeführt, die sich in der Hauptsache gegen die Selbsthilfsorganisation der Arbeiterklasse, gegen die Konsumvereine richtet. Dieses Ausnahmestück ist eine Vergeßlichkeit aller sozialpolitischen Grundsätze und Verurteilung um so mehr, als man zu gleicher Zeit eine Entlastung des Volkes durch weltanschauliche Senkung der direkten Steuern und eine einseitige Staatshilfe gegenüber agrarischen Kreisen durchführen will.

Als Protest gegen diese Ausnahmestückgebung richten die Versammelten an alle organisierten Arbeiter und Angehörigen die dringende Aufforderung, jetzt erst recht einzusetzen für die Konsum- und Produktionsgenossenschaft, die „Nebenaktion“ und die ganze Verbraucherbewegung bis zum letzten Pfennig im „Wohlfühlplan“ hineinzubringen.

Die Versammelten fordern die rasche Beseitigung der unsozialen und wasserbesteuerten Zoll- und Steuererhöhungen. Sie erklären sich mit den gemeinsamen Bestrebungen der Konsumgenossenschaftsbewegung solidarisch und sind gewillt, diese Bestrebungen mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen.

daß die etwa 12 000 streikenden Bergarbeiter des Reviers leicht die Arbeit wieder aufnehmen.

## Streik beim Aldener-Konzern

Berlin, 7.

Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Werke, die dem Aldener-Konzern angehören und außerhalb des Gebietes der Nordwestgruppe liegen, und Vertretern der Gewerkschaften über Lohnabbau, sind dem Berliner Tag zufolge gescheitert. Die gesamte Belegschaft ist heute zum Zeichen des Protestes in den Ausstand getreten. Es sind um 2200 Arbeiter, denen sich 376 Angestellte angegeschlossen haben.

Der dänische Hafenstreik ist bis zum 10. Juli vorüber worden. Die Antwort auf den Vermittlungsversuch des Schlichters soll bis zum 16. Juli abgegeben werden.

einkommen je Pflichtigen hat sich im Reich von 1851 Mark 1939 Mark und im Großstadtdurchschnitt von 1818 Mark 2124 Mark erhöht. Es zeigt sich, daß nach einer Abnahme untersten Einkommensgruppe bis 1500 Mark die Zunahme Pflichtigen und Einkommen in den folgenden Gruppen Stufe zu Stufe größer geworden ist.

Infolge der 1928 eingetretenen Steuerermäßigungen hat die Steuer nur um 20,79 Prozent von 896,8 Millionen auf 1204 Millionen Mark erhöht. Das Einkommen ist um 28,84 Prozent gewachsen. Der Durchschnittsteuerbetrag ist von 80 Mark auf 89 Mark, im Großstadtdurchschnitt auf 97 Mark gestiegen. Es zeigt sich auch hier Abnahme Steueranteile in den untersten Einkommensgruppen. Nach Lohnsteuerverhältnissen unserer Stadt unterrichtet die folgende Zusammenfassung.

In Breslau wurden insgesamt 279 007 Steuerpflichtige ermittelt. Von diesen entfallen auf die Gruppe der Steuerbefreiten 157 688, das sind 56,34 Prozent der Pflichtigen. Zahl der Steuerbefreiten ist naturgemäß nur sehr klein belief sich hier auf 1906 = 0,68 Prozent der Gesamtzahl. Die Zahl der Unbesteuerten ist unproportionalmäßig höher beläuft sich für unsere Stadt auf 120 315, das sind 42,98 Prozent der Pflichtigen. Interessant ist die Geschlechterverteilung innerhalb der drei Gruppen. Von den Pflichtigen insgesamt sind männlich 58,25 Prozent und weiblich 41,75 Prozent. Innerhalb der Gruppen ist dieses Verhältnis jedoch verschieden. Von Steuerbelasteten waren 77,24 Prozent männlich und 22,76 Prozent weiblich. Von den Steuerbefreiten sind die entsprechenden Zahlen, männlich 71,98 Prozent, weiblich 28,02 Prozent. Die Zahlen der Unbesteuerten, männlich 33,14 Prozent, weiblich 66,86 Prozent. Ein lehrreiches Bild gibt die Tabelle über die Lohnverhältnisse und die Steuerbelastung. Im Durchschnitt aller Großstädte ist das Lohnverhältnis je Steuerpflichtigen 2124 Mark. In Breslau ist das Durchschnittseinkommen auf 1994 Mark festgestellt worden. Die Lohnverhältnisse der Steuerpflichtigen im Durchschnitt aller Großstädte beträgt 107 Mark. In unserer Stadt ist eine durchschnittliche Lohnsteuer von 98 Mark zu zahlen. Dieser Satz entspricht dem Wonnunderfakt des Steuerbelasteten Einkommens von 1,7 Gegenjah zum 5,04 im Durchschnitt der Großstädte.

Interessant ist auch ein Blick auf die Verteilung Pflichtigen auf die vier Einkommensgruppen. In unserer Stadt wurden insgesamt 157 688 steuerbelastete Pflichtige festgestellt mit einem steuerbelasteten Einkommen von 314,471 Millionen Mark, die zusammen eine Steuer von 15,062 Millionen Mark erbrachten. In der Einkommensgruppe bis 1500 Mark waren den steuerbelasteten Pflichtigen unserer Stadt 46,90 Prozent. Der Anteil des steuerbelasteten Einkommens dieser Gruppe beträgt 21,38 Prozent, und der Anteil dieser untersten Einkommensgruppe am Gesamtlohnverdienst 12,69 Prozent. In der Gruppe 1500 bis 3000 Mark Einkommen sind 35,09 Prozent der Pflichtigen zusammengefaßt, die 37,11 Prozent des steuerbelasteten Einkommens darstellten und 34,46 Prozent der Lohnsteuer unserer Stadt aufbrachten. In der Gruppe 3000 bis 5000 Mark Einkommen waren 12,23 Prozent der Pflichtigen enthalten mit 23,51 Prozent des steuerbelasteten Einkommens und 28,90 Prozent des Lohnverdienstes. Die letzte Gruppe über 5000 Mark Einkommen endlich um 5,78 Prozent der Pflichtigen, erbrachte 18 Prozent des steuerbelasteten Einkommens und erbrachte 23,95 Prozent der Lohnsteuer unserer Stadt.

## Die Neugruppierung in der deutschen metallverarbeitenden Industrie

ist vollzogen worden. Die Bedeutung des Schritts geht daraus hervor, daß das neue Unternehmen mehr als ein Drittel des deutschen Kupferimports verarbeitet. Nach den Abmachungen zwischen dem Frankfurter Metallkonzern und der Berg-Hedmann-Selbe u. G., an der über die Biag a. u. d. R. ein Vertrag geschlossen ist, wird die Berg-Hedmann-Selbe die Verarbeitungsbetriebe Frankfurter Metallkonzern übernehmen, die in der Hedmann-Selbe Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke G. m. b. H. zusammengefaßt sind. Das neue Unternehmen wird den Namen Vereinigte Metallwerke u. G. führen. Das Kapital Berg-Hedmann-Selbe wird von 20 auf 10 Millionen Mark zusammengelegt. Diese 10 Millionen Mark übernimmt der Frankfurter Metallkonzern. Dann werden neue Aktien geschaffen, ein Bankkonsortium zu Paris übernimmt. Insgesamt wird neue Unternehmen mit einem Kapital von 30 Millionen Mark arbeiten.

## Gründung eines internationalen Pelzschwerverbandes

Der seit Kurzem in Leipzig tagende erste Weltkongreß hat einstimmig die Errichtung eines internationalen Pelzschwerverbandes beschlossen. Zum Präsidenten des Verbandes wurde Paul Hollender von Leipzig gewählt. Ein internationaler Ausschuss aus führenden Persönlichkeiten Weltkongreß zur Seite gestellt wurde, um gemeinsam die Errichtung des internationalen Verbandes auszuführen. Der Verband soll eine internationale Schlichtungsorganisation der Pelzschwerverbands und eine internationale Arbitragezentrale in Leipzig errichtet werden.

**Du bist Gewerkschafter  
Bist du auch Genossenschaftler?**